



Die Krise im Norden Malis

Aktuelle Lage, Ursachen, Akteure und politische Optionen

BARBARA ROCKSLOH-PAPENDIECK | HENNER PAPENDIECK

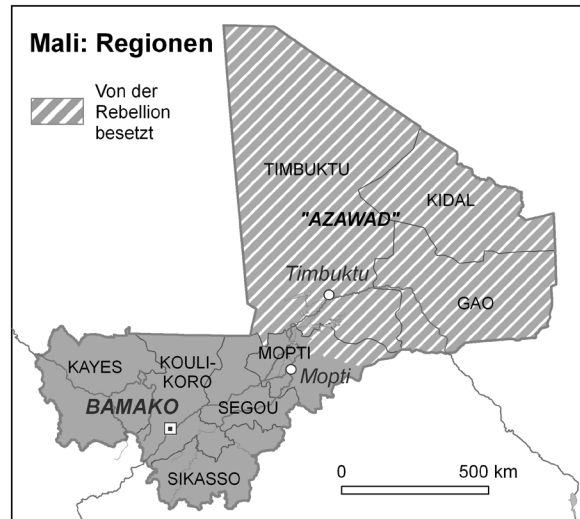
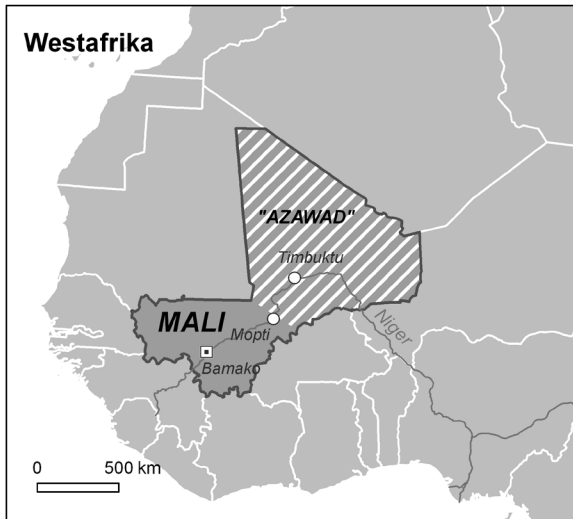
Dezember 2012

- Die drei nördlichen Verwaltungsregionen (Timbuktu, Gao, Kidal) befinden sich nicht durchgängig in der Gewalt der Islamisten. Die Lage in den drei Regionen stellt sich unterschiedlich dar.
- Angesichts der tatsächlichen Lage im Norden Malis gibt es nicht die Alternative zwischen militärischem Vorgehen oder Verhandlung. Vielmehr gilt es, Verhandlungen anzustreben/zu führen und sich gleichzeitig auf militärische Operationen einzustellen. Zu vermeiden ist, dass die militärische Option zu Lasten der politischen Lösung die Überhand gewinnt. Langfristig gibt es nur eine politische und keine militärische Lösung.
- Militärisches Vorgehen im eigentlichen Norden des Landes (auf der linken Seite des Niger) kann nur mit den Tuareg gelingen, nicht gegen sie. Schon deshalb ist ein Verhandlungsprozess zwingend. Erforderlich ist nicht eine große Invasion, sondern die schrittweise Einnahme und Konsolidierung oft kampflos aufgebener strategischer Positionen.
- Die Rebellen, die bis Januar 2012 Teil der malischen Streitkräfte waren, sind so weit wie möglich für die malische Seite zurückzugewinnen und in Sondereinheiten zusammenzufassen, die im Verein mit der malischen Armee operieren. Man braucht dafür eine Amnestie für Akte der Rebellion.
- Die Strategie muss sein, die internationalen Terroristen, die extremen Islamisten und die Drogenschmuggler, mit anderen Worten: AQMI und MUJAO, als Feinde zu isolieren, zu schwächen und schließlich dauerhaft zu schlagen.



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Die aktuelle Lage im November 2012	1
3. Historische und politische Hintergründe des Konflikts	2
4. Die Konflikttakteure	6
5. Die Milizen	7
6. Forderungen der Rebellen	8
7. Die Interessen der Konflikttakteure	9
8. Die Verankerung in der lokalen Bevölkerung	10
9. Die natürlichen Ressourcen	12
10. Ausländische Akteure: Frankreich, Algerien, USA	14
11. Bisherige Vermittlungsbemühen	15
12. Der Hohe Islamische Rat (HCIM)	15
13. Die <i>Coalition pour le Mali</i> (CPM)	16
14. Strategie	17
15. Optionen im Umgang mit AQMI und MUJAO	18
16. Verhandlungsgegenstand	18
17. Einbeziehung aller Volksgruppen	20
18. Die Zivilgesellschaft	20
19. Zur Rolle Deutschlands in Mali	21
20. Risiken	21
21. Anknüpfungspunkte für die deutsche Politik	22



1. Einleitung

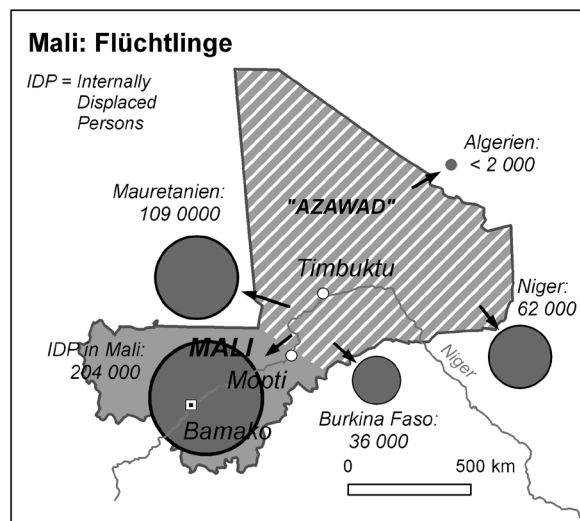
Eine Rebellion im Norden und ein Putsch im Süden haben den westafrikanischen Staat Mali innerhalb eines Vierteljahres (im Frühjahr 2012) von einer scheinbar stabilen Demokratie in einen neuen internationalen Krisenherd verwandelt. Die Sahara droht, sich in ein Operationsfeld des Terrorismus, islamischer Extremisten und der organisierten Drogenkriminalität zu verwandeln. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist alarmiert und bereitet unter Führung der Afrikanischen Union sowie der westafrikanischen Gemeinschaft eine militärische Intervention vor. Deutschland hat Mali Unterstützung auch und vor allem im notwendigen politischen Prozess zugesagt.

Die vorliegende Studie beschreibt die aktuelle Lage (November 2012), analysiert die Hintergründe und Gegenstände des Konflikts, benennt die Forderungen und Interessen der nationalen Konfliktparteien und fragt nach den Interessen der wichtigsten regionalen und internationalen Akteure. Sie skizziert schließlich eine Strategie zur möglichen Lösung der komplexen Problemlage und weist auf Anknüpfungspunkte für die deutsche Politik hin.

2. Die aktuelle Lage im November 2012

Die Rebellion von 2012 verlief fast unblutig und dauerte nur kurz. Dafür hatte sie aber erhebliche Folgen. 4,6 Millionen Menschen in Mali sind wegen des sehr schlechten Erntejahres 2011 und durch die Krise im Norden des Landes auf Nothilfe angewiesen. Rund 200.000 Menschen

sind im Inneren des Lands vertrieben und rund 200.000 Menschen befinden sich in Flüchtlingslagern der Nachbarländer (Mauretanien, Algerien, Niger und Burkina Faso), die meisten von ihnen sind Tuareg. Der UNHCR benötigt nach dessen eigenen Berechnungen 150 Millionen US-Dollar (= 118 Millionen Euro), um diese Menschen (derzeit) zu unterstützen.



Quelle: UNHCR November 2012

Niemand macht sich bislang einen Begriff vom finanziellen Umfang der Schäden durch mutwillige Zerstörungen und Plünderungen. Sie dürften im Volumen die erforderliche Nothilfe bei Weitem übersteigen. Das Ausmaß der Kapitalvernichtung durch Flucht und Vertreibung sowie die Folgen der abgebrochenen Großprojekte – etwa im Straßen- und im Dammbau – lassen sich derzeit nur

erahnen. Es wird erhebliche Investitionen erfordern, die Vorhaben wieder in Gang zu setzen.

Aus eigenen Steuer- und Zolleinnahmen (wenn die Schätzungen zu 100 Prozent einträfen), wäre der malische Haushalt imstande, 80 Prozent der laufenden Personalkosten im öffentlichen Dienst zu bestreiten. Der malische Staat hängt am Tropf des Auslands. Alle Zuwendungen von außen sind des Putsches wegen aber blockiert. Die Einnahmen des Jahres 2012 hinkten den Schätzungen bereits im Oktober um ein Drittel hinterher. Die malische Wirtschaft befindet sich im Sinkflug. Noch sichert die afrikanische Solidarität das Weiterleben der Menschen im Alltag. Zu befürchten ist aber, dass die Wirtschaft demnächst hart aufsetzt und die Krise sich verschärft.

Der Norden Malis ist seit Ende März 2012 von Allianzen zwischen internationalen Terroristen (AQMI = *Alqaida au Maghreb Islamique*), (MUJAO = *Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest*), extremen Islamisten, Drogenschugglern und Tuareg-Rebellen (*Ansar Dine* = Verteidiger des Glaubens; MNL = *Mouvement National de Libération de l'Azawad*) besetzt. Die drei nördlichen Verwaltungsregionen (Timbuktu, Gao, Kidal) befinden sich aber nicht durchgängig in der Gewalt der Islamisten. Die Lage in den drei Regionen stellt sich unterschiedlich dar:

In Timbuktu-Stadt (nicht in den umliegenden vier Landkreisen Niafunké, Goundam, Diré, Gourma-Rharous) gibt es ein drängendes Problem: Dort herrscht AQMI im Verbund mit den früheren arabischen Milizen und terrorisiert mithilfe ihrer aus dem Süden Malis, aus dem Senegal und aus Burkina Faso rekrutierten Islamischen Polizei die hilflose zivile Bevölkerung.

In Gao und längs der Nationalstraße nach Südwesten bis Douentza haben sich die arabischen Drogenhändler mit AQMI und Sonrhail-Milizionären zu dem besonders extremen MUJAO vereint. Dessen Mitglieder kommen aus Westafrika, Ostafrika und Südasien. Das stellt ein zunehmendes Problem dar und bedarf einer baldigen, militärischen Operation der malischen Seite ab der Stadt Sévaré.

Kidal ist zwar die Hochburg von *Ansar Dine*, aber es gibt dort trotzdem kein brennendes Problem. In Kidal sind die Tuareg unter sich, ausländische Islamisten treten nicht in

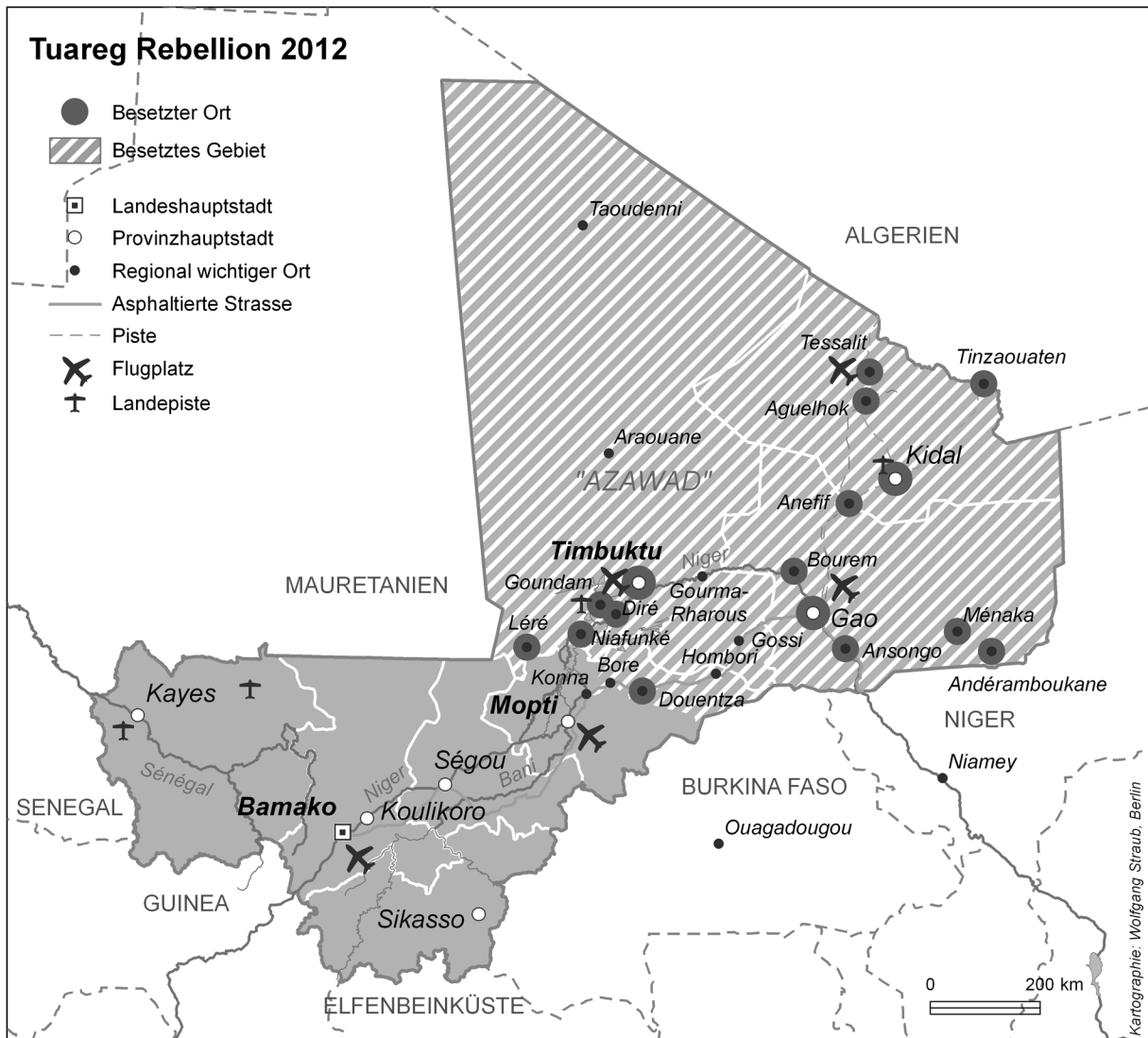
Erscheinung und mit der wahabitischen Tendenz ihres Führers Iyad Ag Ghali können sich die dort ansässigen Ifoghas selbst auseinander setzen.

3. Historische und politische Hintergründe des Konflikts

Die in der Sahara lebenden Tuareg verteilen sich auf den Süden Algeriens, den Süden Libyens, den Niger, Mali und Burkina Faso. Die Tuareg selbst ziehen es vor, sich als »Kel Tamasheq« zu bezeichnen, »die Tamascheck sprechenden Völker«. Politisch hat diese Bezeichnung eine wesentliche Folge: Tamascheck sprechen auch die »Kel Tamasheq noirs«, das heißt auch die Bellah, die früheren Leibeigenen der Tuareg. Deren Anzahl übertrifft im Norden Malis die der hellhäutigen Tuareg bei Weitem. Innerhalb der Grenzen des heutigen Mali haben sich die Tuareg im Laufe der letzten Jahrhunderte von Nordosten nach Südwesten ausgedehnt. In Kidal sind sie weitgehend unter sich, andernorts zunehmend mit anderen Volksgruppen vermischt und bilden dort häufig nur eine Minderheit. Das hat wesentliche Auswirkung auf ihre Politik und ihr Verhalten.

In der Kolonialzeit haben die Tuareg sich dem Druck der Franzosen und dem der Modernisierung am wenigsten angepasst. Insbesondere haben sie ihren Kindern die moderne Schule verweigert. Sie blieben bei ihrem nomadischen System und schickten ihre Söhne in die Koranschule. Die Kolonialherren hielten die Tuareg unter anderem durch eine geschickte Politik der Teilung in Schach, sie erhöhten die einen und erniedrigten die anderen. Sie griffen in die Hierarchien ein. Das führte zu Auseinandersetzungen innerhalb der Clans und der Stämme (*tribus*), die bis heute Auswirkungen haben. Die Ifoghas zum Beispiel stiegen in der Kolonialzeit deshalb auf, weil sie von den Kolonialherren als erste Gewehre erhielten und so alle anderen beherrschen konnten.

In die Vorstellungswelt sozialistischer Politiker wie Modibo Keita, dem ersten Präsidenten Malis nach der Unabhängigkeit, passten Nomaden nicht mehr. 1963 kam es zu einer ersten Rebellion der Tuareg, die er mit großer Brutalität niedergeschlagen ließ. Hauptmann Diby Sillas Diarra ist als »Schlächter von Kidal« in die Geschichte eingegangen: »Für Rebellen gibt es nur eine Strafe, das ist die Todesstrafe.«



Die zwei großen Sahel-Dürren (1972/73) und (1984/85) ließen die Lebenswelt der Tuareg zusammenbrechen. Der Raum für ihre Viehzucht war auf einen Bruchteil der früheren Fläche zusammengeschrumpft. Die nomadischen Tuareg lebten in einem arbeitsteiligen System friedlich mit den sesshaften Völkern zusammen. In Folge der Dürren gerieten die Tuareg mit den Völkern des dichter besiedelten Flusstals des Niger in Konflikte und es kam zu Verteilungskämpfen. Parallel zum wirtschaftlichen Niedergang brach auch die bisherige Sozialstruktur der Tuareg auseinander. Die früheren Vasallen – Handwerker (*forgerons*) und Leibeigene (*Bellah*) – fanden ihren Unterhalt nicht mehr bei der alten Herrschaft, sie wanderten fort oder machten sich selbständig. Aus den früheren Herren, die Bildung nicht brauchten, sondern neben der Macht nur ihr traditionell überliefertes Wis-

sen, waren nun verarmte Nomaden aus einer Welt von gestern geworden. Die zahlreichen Hilfsprogramme der 1980er Jahre konnten am Niedergang der Tuareg nichts Entscheidendes ändern.

Dies war die Ausgangslage bei der Rebellion von 1990, die unter Führung von Iyad Ag Ghali und dessen erstem *Mouvement National pour la Libération de l'Azawad* (MNLA) begann und die sich im Verlauf der Rebellion in mehrere Bewegungen aufsplittete. Im Nordosten entstand die von nun an als *Mouvement Populaire de l'Azawad* (MPA) firmierende Bewegung von Iyad Ag Ghali, daneben die *Armée Révolutionnaire de l'Azawad* (ARLA), die *Front Populaire de l'Azawad* (FPLA) sowie schließlich die *Front Islamique Arabe de l'Azawad* (FIAA). Die heutige *Ansar Dine* hat das historische Netzwerk

»Erst waren sie MNLA, jetzt sind sie Ansar Dine«

Wegen des Straßenbaus von Niono nach Timbuktu hat die SATOM, ein französisches Straßenbauunternehmen, in Niafunké einen riesigen Bauhof eingerichtet. Zu dessen Schutz liegt eine Einheit der malischen Armee in Niafunké. Die zieht am 20. März nach Timbuktu ab. Am gleichen Tag rückt die MNLA ein: fünfzehn bis zwanzig mit Kalaschnikows bewaffnete junge Männer. Sie logieren vor der Stadt. An den nächsten beiden Tage vandalisieren sie alles Staatseigentum: Das Finanzamt, die Gebäude des Landkreises, der Justiz, das Rathaus, auch das Krankenhaus. Türen und Fenster werden herausgerissen. Man nimmt alles mit, was irgendeinen Wert hat. Den Rest überlässt man den Kindern zum Plündern. Akten werden verbrannt oder aus den Fenstern geworfen. »Die Straßen waren tagelang weiß von herumfliegendem Papier.«

Am Montag, den 27. März wollen einige der Rebellen das Getreidelager in Niafunké plündern. Dort liegen 1.500 Sack Reis. Nouhou Maiga, er kennt einige der Rebellen, wird rechtzeitig per Handy informiert. Es kommt zu einer Diskussion. Am Ende sagten diejenigen der Rebellen die ihm den Tipp gegeben hatten: »Wir werden das Lager vier Tage beschützen. Seht zu, dass ihr es bis dahin leer kriegt.« Jeder der Bauern, der Säcke eingelagert hatte, holt diese mit seinem Eselskarren ab, zwei Tage später ist das Lager geräumt.

»Es sind die Gleichen. Erst waren sie MNLA, jetzt sind sie Ansar Dine. Seit Ende Mai hat Ansar Dine den Alltag in Niafunké unter Kontrolle.« Ende Mai rief Camou Ag Mineni, der Militärführer von Ansar Dine, an und sagte: »Nouhou, komm zurück und nimm Deine Arbeit wieder auf. So lange ich da bin, brauchst Du um Deine Sicherheit nicht zu fürchten.« Nouhou Maiga fuhr nicht. Was, wenn Camou abgezogen wird? Ende Oktober lud Camou Ag Mineni ihn erneut ein, nach Niafunké zurück zu kehren.

(Gespräch mit dem Bewässerungsingenieur Nouhou Maiga: 8.10.2012)

der MPA wiederbelebt. Aus den Wurzeln von ARLA und FPLA nährt sich das *Mouvement National pour la Libération de l'Azawad* (MNLA), und die Reste der FIAA haben sich in dem MUJAO zusammengeschlossen. Die *Mouvements et Fronts Unifiés de l'Azawad* (MFUA) unterzeichneten schließlich den *Pacte National* von 1992 und lösten sich anlässlich der Waffenverbrennung von Timbuktu im März 1996 auf.

Der unter algerischer Vermittlung zustande gekommene *Pacte National*¹ sollte im Wesentlichen die Integration der Rebellen in die malischen Streitkräfte regeln, daneben ein höheres Maß an Autonomie (Dezentralisierung), den Wiederaufbau und die Teilhabe an Macht und wirtschaftlichem Wachstum. Mit den Ergebnissen konnten die Regionen von Timbuktu und Gao durchaus leben. Anders verhielt es sich mit Kidal: Am 23. Mai 2006 rebellierte eine neu gegründete *Alliance Démocratique du 23 mai pour le Changement* (ADC), griff die malische Armee in Kidal und Menaka an, zog sich in die Tigharghar-Berge nördlich von Kidal zurück und führte von dort aus einen Guerillakrieg. Mit algerischer Vermittlung kam es zu Verhandlungen, die wenig später im Abkommen von Algier (*Accords d'Alger* vom Juli 2006) mündeten, das sich allein auf Kidal beschränkte.

An den mangelnden Investitionen in die Infrastruktur von Kidal kann die erneute Rebellion nicht gelegen haben. Die waren seit 1995 im Gegenteil eher überdimensioniert ausgefallen. Die malischen Planer hatten darin gewetteifert, Kidal in die Hauptstadt einer Region zu verwandeln. Manche Einrichtungen hätten für eine zehn Mal so große Bevölkerung gereicht. Und an den künftigen breiten Hauptstraßen bauten die Reichen ihre Häuser.

Zehn Jahre nach dem Ende der Rebellion im Norden war eine kleine Minderheit reicher geworden, aber die arme Mehrheit trat auf der Stelle. Manche praktische Probleme blieben jedoch ungelöst, etwa die Strom- und die Wasserversorgung. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur hatten nicht Einkommen, sondern Kosten verursacht. Für die Region von Kidal wäre der Bau einer Straße, die Gao mit Kidal und schließlich Algerien verbindet, eine sinnvolle Investition gewesen und hätte (von Unruhen und Rebellion abgesehen) wirtschaftliches Wachstum zur Folge gehabt. Das gilt heute wie damals.

1. Vorausgegangen waren die im Januar 1991 unterzeichneten, noch unter Moussa Traoré ausgehandelten *Accords de Tamanrasset*.

Im Vergleich zum restlichen Mali ist der Standard von Orten wie Tessalit oder Aguelhok am oberen Ende angesiedelt. Tatsächlich liegen sie aber am Südrand Algeriens und die Bewohner beziehen ihren Vergleichsmaßstab nicht aus Mali, sondern aus dem Maghreb oder aus Libyen. Der oft gehörte Spruch: »Sehen Sie sich doch um, hier gibt es nichts, wirklich nichts«, trifft realiter nicht zu. Das Problem ist weniger die Wirklichkeit, das Problem sind die überzogenen Erwartungen.

Der Text des Abkommens von Algier erhellt, welche Teile des *Pacte National* aus Sicht der Rebellen nicht eingehalten worden waren: die »bessere Teilhabe an den Entscheidungsprozessen«, elf Fragen der »wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung« (darunter als Wichtigste die asphaltierte Straße nach Algerien und ein Flughafen in Kidal) und schließlich »die unmittelbaren Fragen der Sicherheit« (im dritten und ausführlichsten Abschnitt) sowie der Kontrollmechanismus.

Nach dem »Forum von Kidal« (im Frühjahr 2007) war bereits fraglich, ob die malische Regierung überhaupt die Absicht hatte, auch nur Teile davon umzusetzen.² Zu der in diesem Abkommen vereinbarten Verlagerung der Kasernen kam es ebenso wenig wie zu den **Unités Spéciales de Sécurité (Sondereinheiten) oder irgendeiner anderen Maßnahme von Bedeutung**. Der gesamte Prozess verlief buchstäblich im Sande.

Als im Sommer 2011 schließlich das *Programme Spécial pour la Paix, la Sécurité et le Développement au Nord Mali* (PSPSDN) vor allem mit erheblichen Mitteln der Europäischen Union (49 Millionen Euro) ins Leben gerufen wurde, das an zehn strategischen Orten des Nordens die Militärpräsenz erhöhen sollte, hatte sich die vereinbarte Truppenverminderung endgültig in ihr Gegenteil verkehrt. Das gegen Ende 2011 verabschiedete Gesetz zur Schaffung der arabischen Region Taoudeni und eines eigenen arabischen Kreises³ setzte dem nur noch die Krone auf, denn damit wurden die immer gegen die Tuareg eingesetzten Araber weiter aufgewertet.

Die »Rebellion« von 2012 (eigentlich ein Eroberungsfeldzug) übertrifft in puncto Vorbereitung, Umfang und Arsenal alle vorangegangenen bei Weitem und hat den gesamten Norden Malis innerhalb kürzester Zeit überrollt.

Ein Rätsel rankt sich dabei um die Person und den Einfluss von Ibrahim Ag Bahanga, bekannt für sein Draufgängertum und seine Ungeduld. Ibrahim Ag Bahanga hatte sich mit dem Ergebnis von Algier (2006) nicht zufriedengegeben, seine eigene Rebellengruppe gegründet und im Dezember 2008 einen tollkühnen Überfall auf die malische Garnison in Nampala geleitet. 2009 war er von eigens auf ihn angesetzten Milizen aus dem Norden Malis verjagt worden, hatte anschließend zwei Jahre in Libyen verbracht, im Sommer 2011 die MNLA gegründet und war Ende August 2011 im Alter von etwa 50 Jahren bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Andy Morgan, ein britischer Journalist mit vielen Insiderinformationen, sieht in ihm den eigentlichen Planer und minutiösen Vorbereiter dieser Rebellion, deren Waffenlager nach seiner Ansicht wohl in jahrelanger Arbeit aufgebaut worden sein muss.⁴

Unter dem Präsidenten Alpha Oumar Konaré (1992 bis 2002) hat der malische Staat die Ifoghas als die unumstrittene Macht des Nordens anerkannt und mit Zugeständnissen bedacht. Kidal ist eine dünn besiedelte Region. Mit weniger als 100.000 Einwohnern machte sie andernorts in Mali kaum einen Kreis aus und hätte damit in der Nationalversammlung normalerweise Anrecht auf einen einzigen Abgeordneten. Tatsächlich hat man der Region Kidal vier Landkreise zugestanden und somit vier Sitze im nationalen Parlament, daneben einen eigenen Landtag (*Assemblée Regionale*).

Mit der Amtszeit von Alpha Oumar Konaré endete die Politik der Geschenke in Richtung Kidal. Sein Nachfolger, Amadou Toumani Touré (ATT), machte zwar eine Geste in Richtung der Tuareg, indem er Ahmed Mohamed Ag Hamani, einen früheren Planminister, als seinen ersten Premierminister ernannte; damit nahm er Kritikern den Wind aus den Segeln. Tatsächlich begann er aber einen Kleinkrieg gegen die Ifoghas und insbesondere gegen Iyad Ag Ghali, den militärischen Chef der Rebellion von 1990. Dieser Kleinkrieg verschärfte sich im Laufe der Jahre.

Grundsätzlich bestand ATTs Politik im Norden darin, die kleinere Minderheit der Mauren (Araber) bewusst zu fördern und sie gemeinsam mit den Sonrhai, zu denen er sich zählte, gegen die Tuareg auszuspielen. Innerhalb

2. vgl. <http://www.mali-nord.de/aktuell/2007/04.html>

3. in Almoustrat, Kreis Bourem, Region Gao

4. Andy Morgan: The Causes of the Uprising in Northern Mali. In: Think Africa Press, 6.2.2012.

der Tuareg setzte er auf die Gegensätze zwischen den Clans und alles daran, Angehörige der Idnan und Imrad, früher Vasallen der Ifoghas, gegen diese als deren Vorgesetzte, Gouverneure und Militärkommandanten in entscheidende Positionen zu bringen. Das konnte nicht gut gehen.

Ein Schlag ins Gesicht für Iyad und die Ifoghas war die Ernennung von El Hadji Gamou, ein Imrad aus dem Flusstal des Niger und während der Rebellion von 1989/90 Weggefährte Iyads, zum Militärkommandanten von Kidal im Jahr 2006. El Hadji Gamou errichtete in Kidal ein Besatzungsregime und die Stadt entvölkerte sich dadurch zunehmend. El Hadji Gamous Ernennung hat den Konflikt so zugespitzt, dass nur seine Vertreibung ihn beenden konnte. Ende März 2012 war es beim Fall von Kidal so weit.

4. Die Konfliktakteure

Hätten die aus Libyen im Herbst 2011 schwer bewaffnet in den Norden Malis heimkehrenden vormaligen Söldner Gaddafis Iyad Ag Ghali innerhalb ihrer Bewegung den von ihm angestrebten Platz als Generalsekretär eingeräumt und ihn nicht ausgeklammert, dann hätte es *Ansar Dine* als Folge des Bündnisses mit AQMI nicht gegeben und vielleicht auch MUJAO nicht. Allerdings hätte auch das MNLA seine Ausrichtung nicht behalten können, denn die Unabhängigkeit des Azawad wäre mit Iyad Ag Ghali (und auch den Algeriern) nicht vereinbar gewesen.

Ansar Dine wurde unmittelbar nach der Entscheidung des MNLA gegen Iyad Ag Ghali gegründet und hatte sozusagen über Nacht Geld, Fahrzeuge, Waffen und Munition in großer Menge zur Verfügung. Diese Mittel können nur von AQMI stammen. Es ist unklar, welchen Pakt AQMI und Iyad Ag Ghali miteinander geschlossen haben, es dürfte aber extrem schwerfallen, sich daraus wieder zu lösen. Unter Iyad Ag Ghalis Anhängern und Verbündeten mehrt sich offenbar der Widerstand gegen diesen Pakt. Den Tuareg in ihrer Mehrheit dürfte die Politik von AQMI und MUJAO in Timbuktu und in Gao wegen deren extremistischen Überzeugungen zutiefst zuwider sein.

Die der malischen Armee wie den anderen Gruppen militärisch weit überlegene Rebellionsbewegung der Tu-

»Das nächste Mal will ich dich hier nicht wiedersehen«

Am 5. April wird Diré von der MNLA besetzt. Eines der vier anrückenden Fahrzeuge kommt direkt zur großen, modernen Werkstatt von Boubacar Bâ. Dort werden alle Motorpumpen gewartet oder repariert. Der Anführer der Truppe ist ein etwas älterer, schwer bewaffneter Tuareg, der nicht aus der Gegend stammt. »Ein schwerer Junge. Der war auf Krawall aus.« Die anderen sind fünf jüngere Tuareg, Bâ kennt sie. Die aus dem Dorf Issafaye hat er vor einigen Jahren als Pumpenwärter ausgebildet. Sie sagen: »Mach dir keine Sorgen, wir beschützen dich.« Ein älterer Kunde, selbst Tuareg, befindet sich auf dem Hof, um seine Motorpumpe abzuholen. Er geht zwischen Bâ und den Chef der Rebellen und verhindert so eine Eskalation. Nun sollen die Container geöffnet werden. Die sind präpariert: Die Vorräte an Motoröl liegen ganz hinten, davor hat man Holzpaletten, Reste von Verpackungsmaterial und alte Putzlappen gestapelt. In einem anderen Container liegen die neuen Ersatzteile hinter einem Haufen von gebrauchten, verdreckten und öltriefenden Ersatzteilen. Kurz: Es gibt nichts zu holen. »Nichts geklaut. Nichts kaputt. Nicht ein Schuss ist gefallen.« Am Ende der erfolglosen Aktion droht der ältere Rebell ihm: »Das nächste Mal will ich dich hier nicht wiedersehen.« Deshalb rät ihm sein Umfeld dringend: »Bâ, du musst abhauen.«

Gespräch mit Boubacar Bâ, Werkstattbesitzer aus Diré: 05.10.2012

areg (MNLA) fand sich nach der Einnahme von Kidal, Gao und Timbuktu zwar als Sieger vor, war den drei anderen Gruppierungen gegenüber jedoch isoliert. *Ansar Dine* bildete deren geografische und organisatorische Klammer. Das lag auch durchaus an dem Gebaren des MNLA selbst. Kaum war das MNLA in Gao militärisch geschlagen, wurde die Bewegung überall isoliert. Die Verbündeten in den Landkreisen der Region Timbuktu wechselten einfach das Etikett, eben noch Vertreter des MNLA traten sie nun als *Ansar Dine* auf.

Die geistigen Vorbereiter und intellektuellen Köpfe der Bewegung halten sich in den Nachbarländern auf, teils

in Mauretania, teils in Burkina Faso. Die beiden MNLA-Truppenteile befinden sich seit dem Debakel von Gao getrennt voneinander je etwa zur Hälfte im Timétrine (westlich von Aguelhok) und in der Gegend von Menaka. Das MNLA hat die nach der Besetzung des Nordens im April 2012 hastig verkündete Unabhängigkeit des Azawad als Ziel inzwischen aufgegeben und fordert stattdessen Autonomie, was immer darunter genau zu verstehen ist, und einen laizistischen Staat. Der einzig mögliche Bündnispartner ist *Ansar Dine*; gegen den sprechen aus MNLA-Sicht weiterhin dessen Forderung nach Einführung der Scharia und der (unausgesprochene) Herrschaftsanspruch von Iyad Ag Ghali und den Ifoghas.

Als der malische Staat im Jahr 1991 in Taoudeni seine Militärbasis und sein Lager für politische Gefangene aufgab, ließ er die Sahara faktisch ohne Staatsgewalt und somit weit offen zurück. Die Salzminen von Taoudeni und die Salzkarawanen (*Azalai*) nach Timbuktu wurden von jeher von Arabern aus der Region betrieben. In dieser Freihandelszone mischten sich Händler, Schmuggler und Banditen der Saharoui, Algerier, Mauretanier und Malier. Und hier fanden Elemente des *Groupement Salafiste pour la Prêche et le Combat* (GSPC), die sich aus Algerien zurückgezogen hatten, ein ungestörtes Operationsfeld und eine Bevölkerung, die als Händler und Hehler, meist *Berabiches* (arabisch sprechende Mauren aus der Region) gerne für sie arbeiteten und auf diese Weise schnell zu Geld kamen.

Die Gruppe um den Algerier Moktar Belmoktar war bald mit der arabischen Bevölkerung nahe der mauretanischen Grenze verwoben, ließ sich knapp über dem Nordufer des Lac Faguibine (westlich von Timbuktu) nieder und baute ihr logistisches Netz durch die Sahara aus. Auf den Wochenmärkten in Raz El Ma oder Tin Aicha gehörten die bewaffneten Männer nach und nach zum Erscheinungsbild.

Als die GSPC im Jahr 2007 den Anschluss an den internationalen Terrorismus suchte und sich nun *Alqueida au Maghreb Islamique* (AQMI) nannte, änderte sich daran im Prinzip nichts, nur hatte sich das Geschäft des Schmuggels grundlegend gewandelt. Aus Lateinamerika kam inzwischen Kokain, das zum Mittelmeer und weiter nach Europa geschleust wurde. Seit 2003 häuften sich die Geiselnahmen. Die veränderten die Risiken und die Einsätze. Vieles spricht dafür, dass es – wie politische

Beobachter seit Langem vermuteten – eine Art Nichtangriffspakt zwischen AQMI und der Regierung ATT gab: keine Geiselnahmen auf malischem Gebiet, dafür keine Verfolgung. Nach Einschätzung vieler Beobachter war ATTs Regierung bis in die höchsten Ebenen in den Drogenhandel verstrickt.

5. Die Milizen

Aus den Reihen der Militärs in Sévaré ging 1994 die erste Sonrhai-Miliz hervor: *Ganda Koy* (Herren der Erde); später kam die *Ganda Iso* (Söhne der Erde) hinzu. In Sévaré wiederholt sich jetzt die »Schulung« von Milizen. Hunderte von jungen Männern und Frauen kampieren dort und nehmen an Übungen teil.

Bei seiner Gründung hatte *Ganda Koy* wohl ein doppeltes Ziel: Manche militärische Aktionen, die der malischen Armee später nicht zur Last gelegt werden sollten, wurden in einen schwer zu fassenden Bereich ausgelagert, etwa ethnische Säuberungen.⁵ Es gab ferner Vorstellungen von einer allgemeinen Bürgerwehr, die sich auf dem Lande gegen Übergriffe von Banditen und Rebellen selbst verteidigen könne. Tatsächlich haben die *Ganda Koy* Milizen damals eher zur Verlängerung des Konflikts beigetragen, brachten den Sonrhai aber die Möglichkeit, bei der Entwaffnung und Reintegration der Rebellen selbst auch hunderte von arbeitslosen Jugendlichen (Sonrhai-»Rebellen«) in den entsprechenden Programmen unterzubringen und Quoten für deren Einstellung im öffentlichen Dienst auszuhandeln.

In ATTs zweiter Amtszeit gewannen die Milizen (vor allem die arabischen und die der Imrad) wieder an Bedeutung und zwar offiziell als Waffe gegen die Rebellen, die Imrad-Milizen tatsächlich aber als Waffe gegen die Ifoghas und die arabischen tatsächlich als Waffe gegen Tuareg. In der Region Timbuktu ließ ATT Ende 2008 arabische Milizen gründen und mit Waffen und Fahrzeugen ausrüsten. Diese übten dann vor den Gemeindewahlen des Jahres 2009 eine Herrschaft der lokalen Einschüchterung aus so etwa in Léré⁶.

5. Wie zum Beispiel beim Überfall auf das marabutische Dorf der Kel Essouk bei Gao im Oktober 2004; verantwortliche malische Politiker sprachen danach zum ersten Mal von einem Pogrom.

6. Dort kam es im Herbst 2008 zu einem bewaffneten Überfall auf den Bürgermeister und zu einer Brandstiftung im Rathaus.

»Die ganze Welt soll wissen, dass wir hier die Macht haben«

Am 1. April fällt Timbuktu. Ab fünf Uhr früh plündern die arabischen Milizen, dann ziehen sie nach Norden ab. Die MNLA folgt gegen neun Uhr. Etwa zwanzig Autos, insgesamt nicht mehr als sechzig Mann, alle Tuareg, manche aus Timbuktu. Auf den drei Gebäuden des Staates: Polizei, Gouvernorat und Kaserne hissen sie die Fahne des unabhängigen Azawad. Ansar Dine folgt gegen elf Uhr. Iyad Ag Ghali lässt die Fahnen abnehmen und die schwarzen Fahnen der Islamisten hissen.

Seit Mai tagt das Comité de Crise zwei Mal die Woche. Die Islamische Polizei will die Treffen untersagen, die ohne ihre ausdrückliche Zustimmung stattfinden. Die Mitglieder des Komitees sollen einen Antrag stellen. Im Zuge des Antragsverfahrens werden sie vorgeladen und finden sich nach Umwegen in einem konfiszierten Haus sechzehn Chefs von Ansar Dine gegenüber, darunter dem Algerier Abou Zeid, drei Pakistanern, einem Tunesier, zwei Burkinabé, Arabern und Tuareg aus Timbuktu.

Zwei Stunden lang wird gepredigt und gebetet. Dann isst man gemeinsam. Dann beginnen die Gespräche: »Die ganze Welt soll wissen, dass wir hier die Macht haben.« Schließlich geht es um die Anliegen des Komitees: »Es gibt keine Arbeit mehr, keinen Handel, keine Landwirtschaft. Alle Schulen sind geschlossen.« Dem Komitee wird die Weiterarbeit gestattet und man richtet eine grüne Telefonnummer für Fälle von Übergriffen ein.

Im September hört man zwei Wochen lang Drohnen oder Flugzeuge die Stadt überfliegen, tagsüber und nachts. Da werden die Islamisten ganz verrückt und schießen in die Luft. Überhaupt sind die Leute von AQMI hoch mobil. Sie kommen oft in Konvois; manchmal mit fünfzehn Autos. Man kann sich sehr schlecht ein Bild davon machen, wer gerade wo ist und wie viele überhaupt in der Stadt sind.

Gespräch mit dem Vizepräsident des Comité de Crise in Timbuktu: 04.10.2012

Ein Mitglied des *Comité de Crise* aus Timbuktu sagte in einem Gespräch am 4. Oktober 2012: »Es waren die arabischen Milizen, die ATT mit Waffen ausgestattet hatte, angeblich um die Bevölkerung zu verteidigen, die als erste die öffentlichen Einrichtungen plünderten. Der schwarzen Bevölkerung hatte ATT die Waffen nicht geben wollen. Die Bevölkerung hatte siebzig junge Männer für eine Bürgermiliz ausgewählt, aber der Gouverneur erhielt die Nachricht, die Waffen seien ausschließlich für die arabischen Milizen bestimmt.

Milizen sind der demokratischen – und oft auch der politischen – Kontrolle entzogen. Sie sind ein zweischneidiges Schwert und haben in Mali zu zweifelhaften Zwecken gedient, vor allem dazu, die Stimmung aufzuheizen und damit Politik zu machen. Es lohnt immer zu fragen: Wer verfolgt hier welche politischen Ziele und wer bringt aus welchen Gründen die Mittel für den Unterhalt der jungen Milizionäre in spe auf? Gegenüber der Presse – in Mali wie im Ausland – dienen sie derzeit als Nachweis der patriotischen Empörung der aus dem Norden vertriebenen Jugendlichen, die mit der Waffe in der Hand ihre Heimat zurückerobern wollen und vor laufender Kamera sagen: »Wir sind bereit zu sterben.« Die so erzeugten Bilder trügen. Die Aufstellung, Ausbildung und Bewaffnung von Milizen wird bei ernsthaften militärischen Operationen nicht dienlich sein. Militärisch sind sie nur gegenüber der unbewaffneten Bevölkerung verwendbar, um diese zu kontrollieren, zu dirigieren und zu drangsalieren.

6. Forderungen der Rebellen

Nur eine der vier Konfliktparteien hat eine Analyse des Konflikts und eine Art Programm veröffentlicht: die »Plattform« des MNLA datiert vom 9. Oktober 2012. Mit 18 Seiten Text ist sie eher ausführlich ausgefallen, enthält aber wenig Konkretes. Der Kampf der Bewegung gilt demnach dem »Illetrismus, dem Analphabetentum, der Armut und dem Unrecht«.⁷

Das Wort *Azawad* stammt aus dem Tamascheck und bedeutet »große Schüssel« (aus der man gemeinsam isst). Auf Landkarten bezeichnet der *Azawad* in der Regel die Sahara nördlich von Timbuktu oder allgemein den

7. Das MNLA betreibt eine eigene Internetseite, von der seine offenen Briefe Deklarationen und Dokumente herunterladbar sind: <http://www.mnlamov.net/>

Haoussa (die linke Seite) des Flusses Niger. Das MNLA definiert den Azawad als das Territorium der heutigen malischen Regionen von Timbuktu, Gao und Kidal, alles zusammen 932.000 qkm (Deutschland: 357.000 qkm). Bodenschätze wie Gold, Diamanten, Mangan, Phosphat sowie Erdöl und Erdgas in Taoudeni und Tamasna (Mena) machen die Region wirtschaftlich und politisch attraktiv. Viele der faktischen Behauptungen der MNLA-Plattform sind anzuzweifeln, etwa die: der Azawad habe drei Millionen. Einwohner, von denen die Hälfte im Ausland leben; oder die: 60 Prozent der Bevölkerung seien Tuareg oder Mauren.

Als Ziele benennt das MNLA ferner Selbstbestimmung, Aufbau einer demokratischen und modernen Gesellschaft und Kampf gegen den Drogen-Terrorismus. Unter »Erwartungen« finden sich: Souveränität, Identität, selbstbestimmte Herrschaft über Politik, Sicherheit, Wirtschaft, Finanzen, Soziales, Kultur und Umwelt; Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, Menschenwürde, Ende des straffreien Unrechts, strikte Trennung zwischen Staat und Religion, Gewaltenteilung, Verwaltung durch gewählte Vertreter, gesellschaftliche Gegengewichte, Pluralismus (Parteien und Presse), Dynamik der Zivilgesellschaft, Kampf gegen die Korruption, unabhängige Justiz, kulturelle Diversität, Meinungsfreiheit, Orientierung am wirtschaftlichen und sozialen Bedarf der Menschen, gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen, regenerative Energie, Ausbau der Infrastruktur und zu guter Letzt ein Hinweis auf die Tierzucht als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. In der aktuellen Phase spielen diese Ziele keine Rolle. Das Dokument zeigt: Die intellektuelle Führung der Bewegung ist von der Wirklichkeit des Feldes weit entfernt.

7. Die Interessen der Konfliktakteure

Die sich überstürzenden Entwicklungen im ersten Vierteljahr 2012 haben wohl alle Beteiligten überrascht. Niemand hatte im März 2012 mit dem Fall der Garnison von Tessalit gerechnet, der den Fall aller anderen malischen Garnisonen im Norden Malis nach sich zog. Niemand hatte die Meuterei am 21. März vorhergesehen, die zum Staatsstreich geriet, und niemand hatte mit dem kampflösen Fall von Kidal, Gao und Timbuktu innerhalb von drei Tagen gerechnet, am wenigstens wohl die Angreifer selbst. Die waren wohl eher von langen militärischen

»Ihr strapaziert die Frauen. Ihr quält sie. Zu viel ist zu viel.«

Vor drei Wochen haben die Islamisten in Timbuktu ein Gefängnis für Frauen eingerichtet. Ist eine Frau nicht verschleiert und bedeckt ihr Kleid nicht Hand und Fuß, wenn sie auf die Straße tritt oder wenn man sie von der Straße aus im Hof des Hauses sehen kann, dann wird sie geschlagen. »Bist du nicht so gekleidet, wie sie verlangen, kommen die Frauen von nun ab vierzig Tage lang ins Gefängnis. Am 41. Tag musst du eine Geldbuße von 75.000 FCFA zahlen oder man schneidet dir ein Ohr ab.«

Jeden Dienstag findet im bisherigen (privaten) Hotel La Maison das Islamische Tribunal statt. Eine Schrifttafel sagt: Justice Islamique. Leute aus Timbuktu sind bei der Urteilsfindung mit dabei. Jeden Dienstag werden neue Dekrete erlassen.

Frauen dürfen auf dem Motorrad oder im Auto nur mit ihrem Bruder oder Ehemann fahren. Im Zweifel ruft man zwei Zeugen, um das zu bestätigen. Frauen dürfen Männer nicht mehr direkt anschauen. Musik ist verboten. Hochzeiten finden ohne Tam Tam statt. Den Marktfrauen droht man mit dem Stock, schon wenn ihr Kopftuch verrutscht.

Vor acht Tagen gingen die Frauen auf die Straße, um gegen den Terror auf dem Markt zu protestieren. Die Islamische Polizei schoss in die Luft. Die Frauen ließen sich davon nicht beirren. Sie waren entschieden. Sie zogen vom Markt zu dem Gebäude neben der Bank BMS, wo die Islamische Polizei sich nieder gelassen hat. Sie nahmen ihre Tücher ab und liefen mit bloßem Kopf. Die Islamische Polizei ging mit ihnen zum Imam der Sankoré-Moschee. Der sollte die Frauen seiner Stadt zur Raison rufen. Der Imam antwortete: »Ihr strapaziert die Frauen. Ihr quält sie. Zu viel ist zu viel.« Die Islamisten waren unzufrieden und beschimpften den Imam.

Gespräch mit einer Frau aus Timbuktu: 11.10.2012

Auseinandersetzungen und rasch darauf folgenden Verhandlungen ausgegangen. Mit dem Zusammenbruch

des Regimes ATT brachen zugleich aber die möglichen Verhandlungspartner im Süden weg.

Seither regiert die Ökonomie und die Interessen haben sich gewandelt. Der Süden tut mangels finanzieller und militärischer Mittel sowie mangels einhelligen politischen Willens so, als dulde die Krise im Norden Aufschub. Nur wenn sich, zum Beispiel wie zuletzt im Oktober 2012, ein Konvoi von MUJAO ungehindert in Richtung Koro (Dogonland) auf den Weg macht, gibt es eine kurze Aufregung in der malischen Presse – jedoch ohne politische oder militärische Folgen.

Es ist zu vermuten, dass AQMI ein Interesse am Fortbestand des gegenwärtigen *Status quo* und somit am ungehinderten Ausbau des eigenen Operationsfeldes und Terrornetzes hat. Timbuktu ist für AQMI von strategischer Bedeutung: Was hier passiert, macht weltweit Schlagzeilen. Der passive (zuweilen auch aktive) Widerstand der Bevölkerung spielt demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Wie lange AQMI es sich wirtschaftlich leisten kann und mag, ökonomische Gesten an die Bevölkerung zu machen (etwa durch kostenlose Versorgung mit Strom und Wasser), steht auf einem anderen Blatt. An der Fortsetzung, ja an der Verschärfung des Konflikts dürfte vor allem MUJAO in Gao Interesse haben, da in Folge mit Zulauf und dem möglichen Beginn einer sich selbst nährenden islamistischen Bewegung zu rechnen wäre.

Ansar Dine und MNLA zeigen dagegen deutliches Interesse, den gegenwärtigen Zustand zu beenden. Sie hatten keine Mühe, das Gebiet zu erobern, haben aber größte Mühe, es zu regieren, und sie haben viele Mütter zu stopfen. Wer ihre Kämpfer künftig besoldet, dürfte dabei eine zentrale Rolle spielen. Nur diese beiden Organisationen bestehen aus Menschen, die dort zu Hause sind, dort bleiben wollen, sich in einer ähnlichen Lage befinden und gemeinsame Interessen vielleicht nicht vertreten, aber doch zumindest teilen. Nur zwischen diesen beiden ist deshalb eine Allianz zur Beendigung des Konflikts möglich und denkbar.

Die Tuareg sind pragmatisch, sie suchen ernst zu nehmende Verhandlungspartner, die imstande sind, in den anstehenden Größenordnungen zu agieren und Beschlossenes umzusetzen oder zu finanzieren. An diesen fehlt es bislang. Eine malische Übergangsregierung, der die internationale Gemeinschaft den Rücken stärkt, hät-

te wohl kein Problem der Legitimität. Manche der bislang entsandten Unterhändler, die mit dem System ATT eng verbunden waren, betrachten die Tuareg dagegen als unglaubwürdig. Zu frisch ist die Erinnerung an nicht eingehaltene Versprechen und Verhandlungsergebnisse der Vergangenheit.

8. Die Verankerung in der lokalen Bevölkerung

Lokale Zeugen belegen einen starken Widerwillen der Bevölkerung vor allem gegenüber dem MNLA. Beim MNLA handelt es sich um eine ethnisch von Tuareg dominierte Organisation. Für die Mehrheit der Bevölkerung des Nordens kann sie nicht sprechen. MNLA-Rebellen haben alles zerschlagen und geplündert, nicht nur öffentliches Hab und Gut, sondern auch privates. Warum die sinnlose Zerstörung? »Das ist ein Zeichen der Unterentwicklung. Das waren nicht die Gebildeten, das waren, wie überall, die kleinen Banditen und Diebe«, sagt Oumarou Ag Mohamed Ibrahim, der Präsident des *Haut Conseil des Collectivités Territoriales*. Sie haben Frauen und Mädchen vergewaltigt und sich als ungehobelte Söldner aufgeführt. Ihr Ziel sei es gewesen, »jede Spur des malischen Staates auszumerzen«. Das MNLA hat außerhalb der eigenen Zirkel keinen Rückhalt in der Bevölkerung.

Viele Betroffene empfanden es bestürzend, unter den Peinigern und Plünderern Kinder von Freunden und Bekannten zu sehen, und sprechen von tiefer Verletzung. Insgesamt ist jedoch kaum Blut geflossen. Deshalb gehen besonnene Stimmen davon aus, es sei möglich, sich mit den lokalen Söhnen des MNLA auszusöhnen, auch wenn manche von ihnen den Kopf voll von Rassismus, Neid und fehlgeleiteten Herrschaftsansprüchen haben.

»Wenn es zum Frieden kommt, wird man viel Toleranz aufbringen müssen. Den Fall Koyguema wird man regeln können. In Diré ist nicht viel passiert. In Goundam gibt es viel Verbitterung und in Timbuktu noch mehr. Wer zur Islamischen Polizei gehört hat, wird auf Jahre aus der Gegend verschwinden müssen«, sagt Oumarou Ag Mohamed Ibrahim.

Ilyad Ag Ghali (und *Ansar Dine*) wird mehrheitlich als die militärische Kraft wahrgenommen, die Ordnung in das

»Sharia am Gaddafi-Kanal«

Vor etwa einem Monat wurde in Timbuktu verkündet, dass Dieben künftig die Hand abgehackt werde. Ein junger Mann von 32 Jahren hatte schon sechs Wochen im Gefängnis gesessen. Er war beschuldigt, aus einem Haus mehrere Sack Getreide gestohlen zu haben. Verwandte hatten bereits bezahlt, was die Islamische Polizei bis dahin verlangt hatte. Nach einer weiteren Zahlung von 75.000 FCFA sollte er am nächsten Tag freikommen. Verwandte hatten auch diesen Betrag bezahlt, aber noch am gleichen Tag fuhr die Polizei durch Timbuktu und verkündete per Lautsprecher: »Sharia am Gaddafi-Kanal.«

Im Krankenhaus requirierte die Islamische Polizei eine Ambulanz und brachte den jungen Mann damit zum Kanal. Mit einer Kordel hatten sie ihn auf einem Stuhl rundherum festgezurr, Arme und Hände an die Stuhllehnen gefesselt, und ihm die Augen verbunden. Den Stuhl mit dem jungen Mann ließen sie in den Sand sinken.

»Allaha Akbar«, rief der bärtige Mann aus dem Tschad, während er die Hand des jungen Mannes absägte. Er hielt die abgesägte Hand in die Luft während er wieder und wieder Allah anrief. Viele Leute waren gekommen; vor allem Araber. Schreien und weinen. Einige fielen, wie der junge Mann selbst, in Ohnmacht.

Gespräch mit einer Frau aus Timbuktu: 11.10.2012

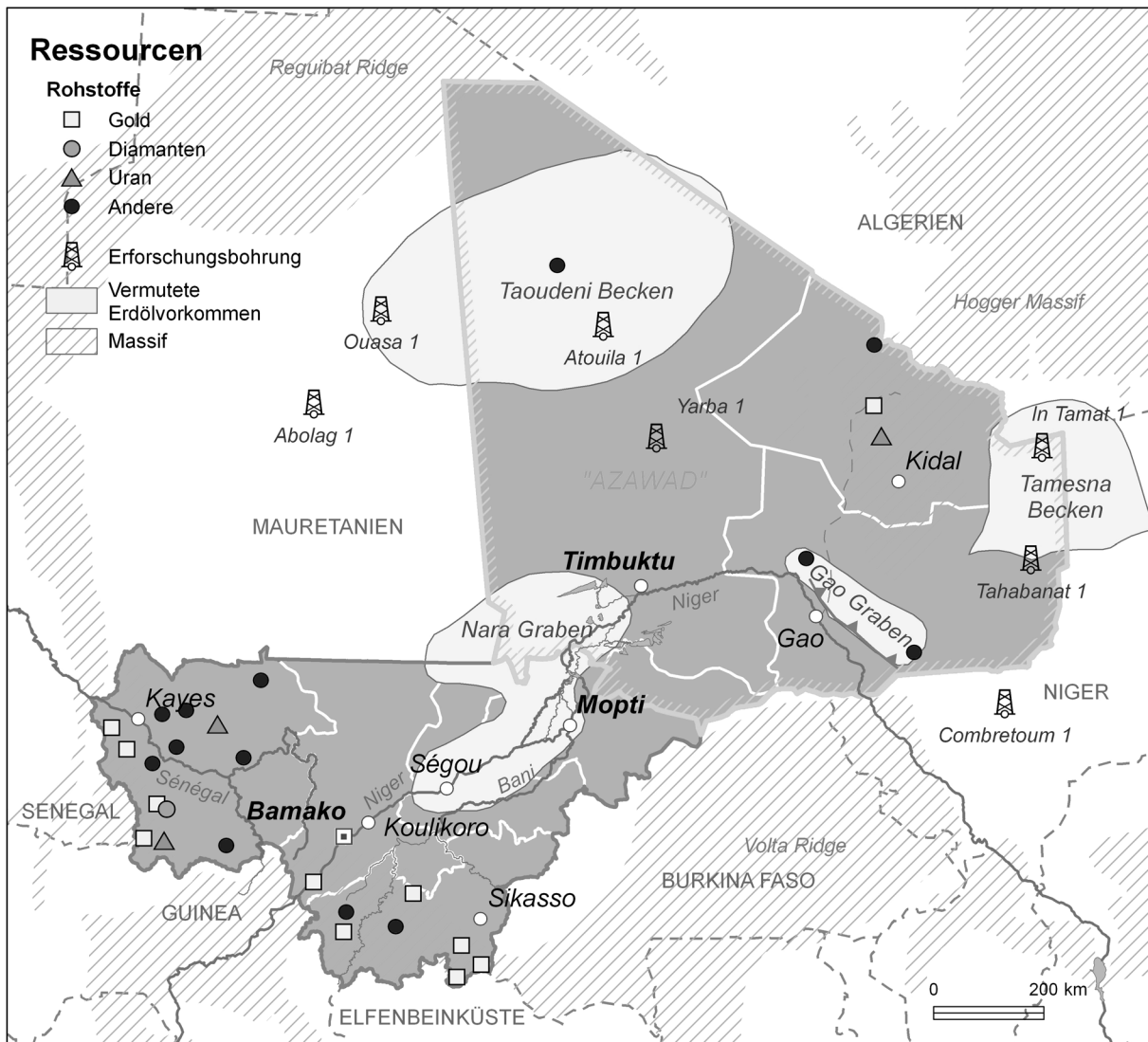
Chaos und die Hitzköpfe des MNLA zur Raison gebracht hat. In Timbuktu wird Iyad Ag Ghali Verhalten am 1. April 2012, dem Tag des Einmarschs der Rebellen, eher positiv erwähnt. Er habe der beginnenden Zerstörung des Krankenhauses Einhalt geboten, in dessen Eingang demonstrativ gebetet und dem Personal versichert, sie sollten getrost weiterarbeiten, sie stünden unter seinem Schutz. Iyad Ag Ghali hat von Anfang an mit den Imamen zusammengearbeitet und eine Vorstellung von Ordnung und dem Respekt vor dem Privateigentum. In den meisten Landkreisen hat er den jungen Tuareg vor Ort die Kontrolle überlassen, die so ihre Gegend vor dem Einfluss fremder Islamisten schützten. *Ansar Dine* ist in

der besetzten Bevölkerung nicht verankert, gilt aber durchaus als verhandlungsfähig.

In Timbuktu herrscht AQMI nicht mit der, sondern gegen die lokale Bevölkerung. Diese nimmt AQMI und deren arabische Verbündete aus Timbuktu und Umgebung als Besatzungsmacht wahr. Die Islamische Polizei wird nicht aus Timbuktu rekrutiert, sondern aus Bamako, Burkina Faso und dem Senegal sowie aus umliegenden Ortschaften. Frauen hatten in Timbuktu immer eine völlig selbstverständliche Position im gesellschaftlichen Leben und in der Öffentlichkeit. Ihre heutige Unterdrückung ist der Bevölkerung wesensfremd. Kultur, Musik und Tanz spielten in Timbuktu eine große Rolle. An Maouloud (Geburt und Taufe des Propheten) hatte jede Volksgruppe ihre eigenen Musiker, Tänze, Schmuck und Kostüme. Die Bevölkerung empfindet es als Hohn, dass Fremde ihnen nun den Islam bringen wollen, den Gelehrte seit dem 13. Jahrhundert bei ihnen studiert haben. AQMIs Verankerung in der Bevölkerung ist äußerst gering.

MUJAO in Gao ist schwerer einzuschätzen. Ein Teilnehmer an den Anfang Oktober 2012 in Bamako veranstalteten *Assises de l'Occupation* (Bestandsaufnahme der Besatzung) sagte im Gespräch: »In Gao geht es uns eigentlich gut: Es gibt keine Diebe mehr. Es herrscht völlige Sicherheit. Du kannst dein Moped tagelang auf der Straße stehen lassen, ohne dass jemand es anfasst. Wir zahlen weder Zoll noch Steuern. Wasser und Strom gibt es umsonst. Das Leben ist preiswerter. Die Märkte sind mit Waren gut gefüllt. Je länger die Situation andauert, desto mehr wird sie akzeptiert.« Die *Takola* (das kleine Fladenbrot) kostete früher 300 FCFA (0,46 Euro), heute 100 FCFA (0,15 Euro); die Dose Pудermilch früher 2.000 FCFA (3,06 Euro), heute 750 FCFA (1,14 Euro); zwölf Pakete Spaghetti früher 5.000 FCFA (7,62 Euro), heute 3.500 FCFA (5,34 Euro); das Fass Diesel früher 140.000 FCFA (213,40 Euro), heute 100.000 FCFA (152,43 Euro).

Die Zeiten der finanziellen Zuwendungen scheinen allerdings zur Neige zu gehen. Vom Krankenhaus verlangte MUJAO im Oktober, die Einnahmen und Ausgaben offenzulegen. Von März bis Oktober ergab sich ein Überschuss von 17 Millionen FCFA (26.000 Euro). MUJAO wollte diese Mittel requirieren, um die eigenen Leute zu bezahlen. Die Notablen der Stadt waren dagegen. Beide Seiten einigten sich auf neun Millionen FCFA (13.720 Euro), die das Krankenhaus an MUJAO abgeben sollte.



Noch am gleichen Tag verhaftete MUJAO den Buchhalter des Krankenhauses wegen schlechter Betriebsführung und leerte die Kasse.

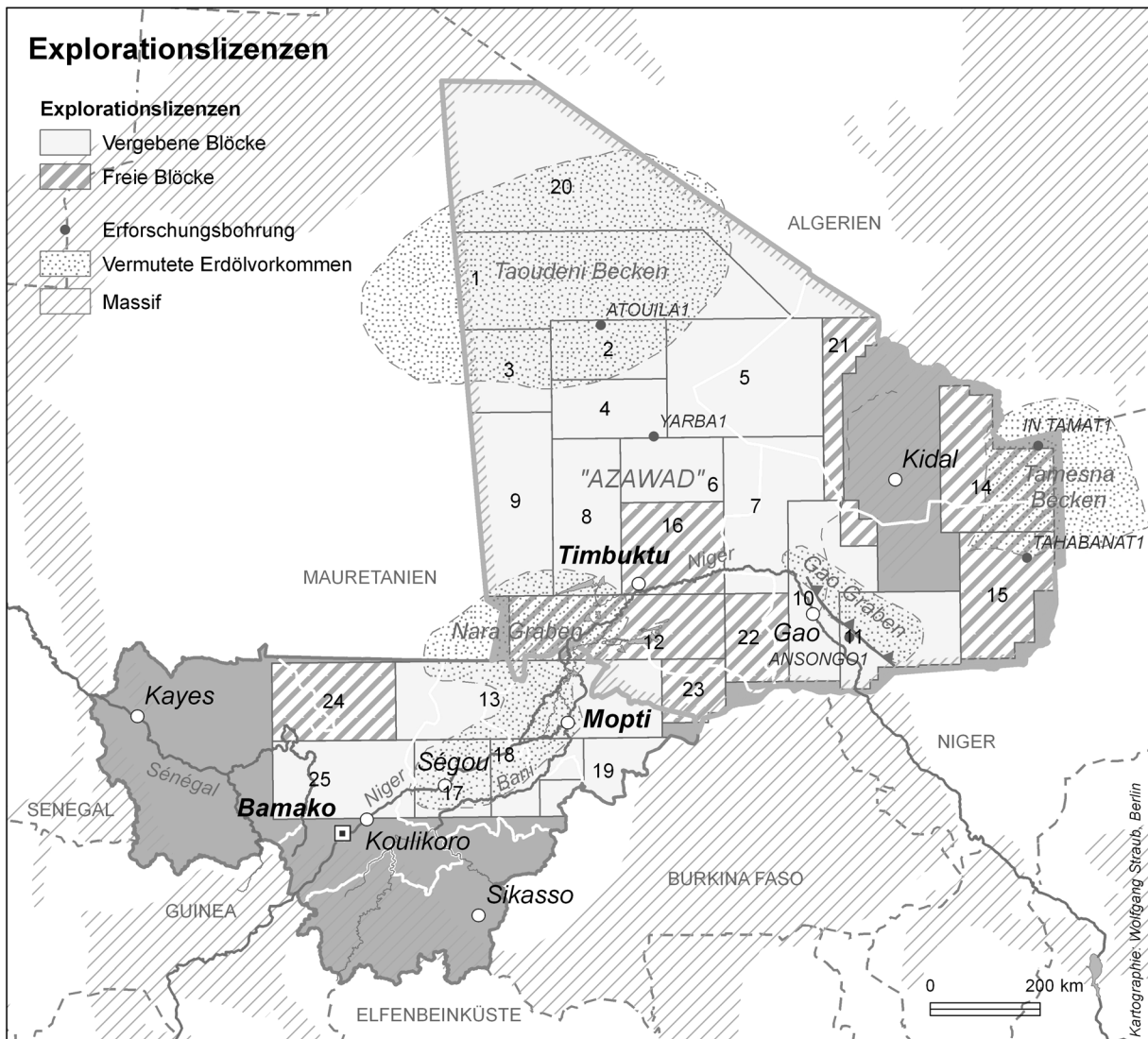
Kurz vor *Tabaski*, dem islamischen Opferfest am 26. Oktober 2012, berief MUJAO ein Treffen mit den Imamen der Stadt ein und verlangte, einen Zensus der Händler bzw. aller Reichen in Gao durchzuführen. Im November sollen die Händler den *Zakat* (islamische Almosensteuer) entrichten, der laut MUJAO an die Armen abgegeben werden soll.

9. Die natürlichen Ressourcen

Die Bodenschätze in der Sahara spielten bereits bei der Unabhängigkeit Malis eine große Rolle. Die algerische

Befreiungsfront FNLA schaffte mit der Besetzung der südlichen Sahara vollende Tatsachen und machte einem möglichen Sahara-Staat einen Strich durch die Rechnung. 1963 gründet sie die *Société Nationale de Transport et de Commercialisation des Hydrocarbures* (SONATRACH) und verstaatlichte 1971 die Förderung von Erdöl und Erdgas. Die SONATRACH übernahm im gleichen Jahr zwangsweise 51 Prozent der französischen Compagnie Française des Pétroles – CFP (Marke: Total), die in der Sahara das Feld von Hassi Messaoud ausbeutete. Seitdem beherrscht die SONATRACH das Explorationsgeschäft in der Sahara und arbeitet dabei, vor allem der Technologie wegen, mit den großen Ölmultis zusammen.

Die *Direction Nationale de Géologie et des Mines* weist für den Norden Malis (die Regionen Gao, Kidal und Tim-



buktu) nur bescheidene Vorkommen aus. So ist die Rede von Goldreserven (geschätzt: vier Tonnen) oder von größeren Blei- und Zinkvorkommen, von seltenen Erden, aber auch von Uranvorkommen. Die Phosphatvorkommen bei Bourem sind eine Zeit lang mit bescheidenem Erfolg abgebaut worden.

Anders die Erdölvorkommen: Im Jahr 2004 wurde die *Autorité pour la Recherche du Pétrole au Mali* (AUREP) gegründet, die die Exploration der vier bekannten Erdölfelder vorbereiten sollte: dem Graben von Nara, dem Becken von Taoudeni, dem Graben von Gao und dem Becken von Ioullimiden. Die potenziellen Vorkommen wurden in fünfundzwanzig Explorationsblöcke eingeteilt. Zwanzig davon liegen im heute besetzten Norden.

Als der Leiter der AUREP im Februar 2006 auf einer Investorenkonferenz in Bethesda, Maryland, USA, potenzielle Investoren anwarb, waren im Norden von Timbuktu acht Blöcke bereits vergeben, fünf davon – eine zusammenhängende Fläche südwestlich von Taoudeni – an eine Investitionsgemeinschaft von SONATRACH (Algerien) und ENI (Italien). Die Erdöl- und Gasvorkommen dieses Beckens dehnen sich von Mauretania in nordöstlicher Richtung über Taoudeni nach Südalgerien aus. Dass Algerien die Rechte erwarb, erklärt sich bereits aus der geografischen Lage der Vorkommen.

Zuvor war in jahrelangen Überflügen ein Großteil der Vorkommen aus der Luft erkundet worden. Die italienische ENI hat anschließend gemeinsam mit den Algeriern Bohrungen durchgeführt. Die Bohrlöcher sind wieder

verschlossen und die Arbeiten eingestellt. Hier werden Pipelines über hunderte von Kilometern benötigt und die Frage stellt sich: zu welchem Hafen? Die Atlantikküste läge nahe, fällt aber wegen der Probleme um die West-Sahara aus. So bliebe entweder der Weg über Mauretanien, falls die Förderung dort beginnt, oder der Anschluss an das algerische Netz nach Norden. Etwas weiter südwestlich, auf der mauretanischen Seite hat bereits Total (60 Prozent Anteile) die Lizenz zur Exploration erworben und 2009 mit den Bohrungen begonnen.

Das Bassin von Taoudeni ist ein großes Ölfeld in spe. Bis zu dessen tatsächlicher Ausbeutung werden Jahre oder vielleicht Jahrzehnte vergehen. Die Vorstellungen von künftigen Reichtum und dessen Verteilung sind aber bereits fest in den Köpfen der potenziell Beteiligten und prägen deren Handeln.

10. Ausländische Akteure: Frankreich, Algerien, USA

Frankreich ist von der Lage in Mali in doppelter Hinsicht besonders betroffen: Als ehemalige Kolonialmacht hat Frankreich in Afrika jahrzehntelang den Gendarmen gespielt. Frankreich ist in mehreren westafrikanischen Ländern militärisch präsent (Senegal, Côte d'Ivoire, Tschad und Gabun) und hat jahrelang vergeblich versucht, in Sévaré einen französischen Luftwaffenstützpunkt zu errichten. AQMI hat sechs französische Geiseln in seiner Gewalt und droht, diese umzubringen, sobald Frankreich militärisch eingreift. Frankreich soll der Geiseln wegen in den Nachbarländern Sondereinsatzkräfte stationiert und die Luftüberwachung in Mali einem privaten Unternehmen anvertraut haben.⁸

Seit *Jeune Afrique* am 9. März 2012 den Zusammenhang zwischen dem Rückzug der Tuareg-Truppen aus Libyen und dem freien Geleit für den Konvoi von vielen hundert Fahrzeugen benannte, gehen die meisten Beobachter davon aus, dass die Regierung Sarkozy tatsächlich einen Deal mit der Truppe abgeschlossen hat und ihr einen unabhängigen Staat im Norden Malis zumindest als eine Möglichkeit in Aussicht gestellt hat. Ein solcher Teilstaat könnte französischen Interessen an den Bodenschätzen und unterirdischen Quellen der Sahara durchaus entgegenkommen, sofern Algerien auf

diesen unabhängigen Azawad weniger Einfluss hätte als bislang auf Mali.

Algeriens Interessen sind dem diametral entgegengesetzt. Der Norden Malis ist spiegelbildliches Gegenstück zum Süden Algeriens: die gleiche Landschaft, die gleichen Bodenschätze, die gleiche Bevölkerung. Bislang führte im Norden Malis kein Weg an Algerien vorbei. Das soll aus algerischer Sicht auch so bleiben. Zu Iyad Ag Ghali bestehen enge Verbindungen. Auch wenn Verschwörungstheorien (z. B. Jeremy H. Keenan, Okt. 2012), die behaupten, die gesamte Krise im Norden Malis werde von Algerien gesteuert und AQMI sei nichts anderes als ein Produkt des algerischen Geheimdienstes (um so vom amerikanischen *global war on terror* zu profitieren) mit Vorsicht zu genießen sind, so passiert im Norden Malis doch wenig, von dem Algerien nicht weiß oder das es nicht duldet. Algerien hat alle Friedensverhandlungen entscheidend mitgestaltet, zuletzt die von Algier im Jahre 2006.

Algeriens Ziele lassen sich so skizzieren: an seiner Südgrenze einen unabhängigen Staat Azawad verhindern; niemand (außer Algerien selbst) militärisch dort intervenieren lassen; Algeriens diplomatische, politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in der Region sichern und für Algerien wieder die Rolle des entscheidenden Vermittlers zwischen Bamako und den Tuareg zurückerobern, was das MNLA aus historischen Gründen abgelehnt hatte: denn die algerische Vermittlung sei für die Tuareg immer ein Desaster gewesen.⁹

Im Gegensatz zu Frankreich haben die USA keine ständige Militärpräsenz in Afrika, sondern entsenden Ausbilder und Berater für spezifische Missionen, so auch über viele Jahre in den Norden Malis. Seit der Norden Malis nicht mehr zugänglich ist, haben die USA ihre Kapazität in der Satelliten- und Luftaufklärung über Nord-Mali verstärkt. Leichtflugzeuge und Drohnen werden im Rahmen eines Programms *Creek Sand* von Burkina Faso aus gesteuert.¹⁰ Zugleich investiert das Pentagon 8,1 Millionen US-Dollar (6,4 Millionen Euro), um in Mauretanien nahe der malischen Grenze eine Landebahn am westlichen Rand der Sahara auszubauen.¹¹ Ein Luftangriff auf einen AQ-

8. Washington Post 22.10.2012.

9. <http://www.andymorganwrites.com/algeria-plays-a-masters-game-in-northern-mali/> November 2, 2012.

10. Washington Post, 1.10.2012.

11. Washington Post, 14.6.2012.

MI-Konvoi nördlich des Lac Faguibine im Juli 2012 hat dem Vernehmen nach damit aber nichts zu tun.

Mali und Bamako haben in der amerikanischen Strategie einen besonderen Platz eingenommen. Das *Millenium Challenge Account* (MCA), das größte einzelne Investitionsprogramm, hat eine unübersehbar militärstrategische Komponente: den Ausbau der Landebahnen auf dem Flughafen von Bamako, auch wenn dieser offiziell vor allem dem Personen- und Luftfrachtverkehr dient. Mit dem Norden Malis haben sich die USA auch vor allem militärisch beschäftigt. Das ist die Aufgabe des seit 2007 in Stuttgart angesiedelten *U.S. Army African Command* (Africom) mit den angegliederten Kommandos der Armee (USARAF) in Vicenza, Italien; der Marine (NAVAF) in Neapel; der Luftwaffe (USAFAF) in Ramstein und dem für Sondereinsätze sowie Aus- und Fortbildung zuständigen Marine Corps (MARFORAF) in Stuttgart.

Um Westafrika kümmert sich die *Operation Enduring Freedom Trans Sahara* (OEF-TS). Die hat mit der **Trans Sahara Counter Terrorism Partnership** (TSCTP) eine mehrjährige Initiative gestartet, »um traditionell moderate muslimische Regierungen in der Sahara-Region im Kampf gegen die Verbreitung extremistischer Ideologien und Terrorismus zu unterstützen«. Am TSCTP sind beteiligt: Algerien, Burkina Faso, Mali, Marokko, Mauretanien, der Niger, Nigeria, der Senegal, der Tschad und Tunesien.

11. Bisherige Vermittlungsbemühen

Die Auslagerung der Verhandlungen an Blaise Compaoré, den Präsidenten Burkina Fasos und Vermittler der ECOWAS, bezeichnen Joseph Brunet-Jailly und seine Koautoren in *Le Monde* vom 25. Oktober 2012 als »unglücklich«. Malische politische Beobachter drückten den Sachverhalt noch deutlicher aus und sprachen von einem »strategischen Fehler ersten Ranges«. Tatsächlich haben die bisherigen Verhandlungen weitgehend an Mali vorbei stattgefunden und den Zustand der politischen Lähmung in Bamako eher verfestigt als aufgelöst. Zum gleichen Urteil »unglücklich« kamen Brunet-Jailly und seine Koautoren im Hinblick auf eine Intervention der ECOWAS. Militärs unter ihnen rechneten vor: Eine Truppenstärke von geplanten 3.500 Mann ergibt bei normalen logistischen Umständen eine potenziell kämpf-

fende Truppe von 700 Mann, bei den Entfernungen und den logistischen Schwierigkeiten sei es realistischer, von etwa 500 Mann auszugehen. Diese Truppen kämen im Wesentlichen aus Küstenländern, würden den Norden nicht kennen und hätten unter anderem mit der feindlichen Umwelt (Klima, Wüste, fremde Menschen) zu kämpfen. Das mögliche Ergebnis: eine international teuer bezahlte, aber ineffektive fremde Militärpräsenz auf Dauer, die zur Regelung der Krise nichts beitrage, sondern Gefahr laufe, die nationale Schiefelage zu verschärfen.

12. Der Hohe Islamische Rat (HCIM)

Den Hohen Islamischen Rat gibt es seit 2002. Er sollte die Pluralität der verschiedenen Tendenzen des islamischen Glaubens in Mali repräsentieren und damit die zuvor unter der Einheitspartei (UDPM) etablierte *Association Malienne pour l'Unité et le Progrès de l'Islame* (AMUPI) ablösen. Nach einer ersten Amtszeit von Thierno Hady Boubacar Thiam als Präsident, einem moderaten *Ulama*, der den Rat als apolitische Organisation sah, wurde 2008 mit Mahmoud Dicko, dem früheren Generalsekretär der AMUPI und Imam der großen sunnitischen Moschee von Badala in Bamako, ein Repräsentant aus der Region Timbuktu gewählt.

2009 setzte er beim Entwurf des neuen Familien-Kodex 49 Änderungen durch, die im Dezember 2011 angenommen wurden; für viele Beobachter ein sehr bedenkliches Zeichen. Zugleich platzierte der Hohe Rat seinen Generalsekretär als Leiter der *Commission Électorale Nationale Indépendante* (CENI) für die kommenden allgemeinen Wahlen. Der Hohe Rat mischt sich also an zentraler Stelle in die Politik ein, so auch auf einer Massenveranstaltung für den Premierminister. Im Gegenzug richtete dieser – zum ersten Mal in der Geschichte des Landes – ein Ministerium für religiöse Angelegenheiten ein und vertraute dieses einem der Mitglieder des Rates an.

Der von Applaus begleitete Auftritt des Gegenspielers von Mahmoud Dicko, des malikitischen Predigers Chérif Ousmane Madani Haidara, ausgewiesener Gegner sowohl der AMUPI wie auch der Wahabiten, auf den *Assises de l'Occupation du Nord* (Bestandsaufnahme der Besetzung des Nordens) Anfang Oktober 2012 in Bamako sprach Bände. Im Januar 2013 wird der Hohe Rat

»Wir hatten eine Mahlzeit für sie vorbereitet«

Am 2. April rückten die Rebellen von zwei Seiten in Gourma-Rharous ein: Zwölf Pickups von der linken Seite des Flusses mit sechzig Mann und drei Pickups aus dem Süden (Gossi) mit 27 Mann. »Alle Tuareg, alle von hier, alle zwischen 18 und 32 Jahre alt, kein einziger Schwarzer darunter. Ich hätte fast alle beim Namen nennen können. Sie sprachen mich «Tontonk (Onkel) an.« Gekleidet waren sie in die anderswo entwendeten Uniformen von Gendarmerie, Polizei, Nationalgarde oder Armee. Nur etwa zehn waren in Räuberzivil. Waffen trugen sie alle, Kalaschnikows und Patronengürtel. Sie stammen aus den Landgemeinden von Gourma-Rharous zwischen Séréré und Gossi.

Man war auf sie vorbereitet. Boucar Maiga hatte mit dem Bürgermeister und anderen gewählten Vertretern vorher besprochen, wie man darauf reagiert und sie hatten beschlossen, die Truppen am Eingang der Stadt zu erwarten und eine Mahlzeit vorzubereiten. »Auch wenn sie Waffen tragen, laden wir sie zu einer Mahlzeit ein, wie wir das mit allen tun, die zu uns kommen.« Die Pickups fahren an ihnen vorbei die große Hauptstraße zur alten Residenz hinauf. Die Rebellen schießen wie wild in die Luft und halten auf die Gendarmerie, das Büro des Gymnasiums (dort hatten die Gendarmen zuletzt genächtigt), das Büro des Steuereintreibers, die Büros der Verwaltung und das Lager der OPAM, dort lagern achtzehn Tonnen Hirse. Die

Rebellen bedienen sich, überlassen aber den weitaus größeren Teil der Bevölkerung zur Plünderung. Sie plündern die Residenzen des Präfekten und seiner Vertreter sowie die veterinärmedizinische Station. Nur als sie sich daran machen, das Krankenhaus zu zerstören, schreitet das Empfangskomitee ein und sagt, das gehöre nicht dem Staat sondern der Bevölkerung.

Im ersten Durchgang suchen die Rebellen Geld und Waffen. Die finden sie vor allem in der Gendarmerie. Nach etwa einer Woche beginnen die Plünderungen bei den Nicht-Regierungs-Organisationen. Büro und Lager eines großen Landwirtschaftsprojekts werden geplündert, darunter vierundzwanzig neue Motorpumpen. Selbst das Büro von Islamic Relief bleibt nicht verschont.

Nach der Vertreibung der MNLA aus Gao vollzieht sich der Wechsel in Gourma-Rharous ohne einen einzigen Schuss. Statt MNLA ist man nun Ansar Dine. Von den 87 Elementen kehren zehn in ihre Familien zurück. Den heutigen Zustand empfindet die Bevölkerung als Besatzung, auch wenn keine Fremden dabei sind.

Gespräch mit Boucar Maiga, Leiter der Niederlassung des Programms Mali-Nord (IPRODI) in Rharous: 6.10.2012

neu gewählt und alle moderaten Kräfte hoffen, Haidara werde dann zum neuen Ratspräsidenten gewählt. Die Chancen dafür stehen gut.

Die »Vermittlungsinitiative« von Mamadou Dicko im Norden Malis halten die meisten in Bamako für einen Versuch, wahabistischen Kreisen zu einer ungebührlichen politischen Vormachtstellung zu verhelfen und einer islamischen Republik den Weg zu ebnen.

13. Die *Coalition pour le Mali* (CPM)

Am 3. und 4. Oktober 2012 fanden im Hotel Amitié, Bamako, die von der *Coalition pour le Mali* veranstalteten und von den Niederlanden finanzierten *Assises de*

l'Occupation statt. Aus jedem der dreizehn Kreise der Regionen Timbuktu (5), Gao (4) und Kidal (4) waren zehn Personen eingeladen, um Zeugnis über die Besetzung abzulegen. Dies war eine große politische Inszenierung. Sie diente dazu, sich über die politischen und sozialen Gefühle der Beteiligten auszutauschen. Der Fraktion der Interventionisten, allen voran Sandy Haidara, Abgeordneter aus Timbuktu, bot die Veranstaltung die Gelegenheit, wortgewaltig nach dem Einmarsch der ECOWAS-Truppen zu verlangen. Die von der *Coalition* wenige Tage später anberaumte Demonstration für eine militärische Intervention mobilisierte aber nur wenige Menschen.

Die *Coalition pour le Mali* betreibt – ebenso wie die andere Seite, die die Putschisten unterstützt – Lobby-

Politik und versucht, Politik und Presse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Als Übung demokratischen Austauschs hat das seine Berechtigung. Zum realen Frieden, zur Überwindung und Beendigung des Konflikts werden weder solche Initiativen noch solche Veranstaltungen etwas beitragen.

In Bamako gibt es eine große Gruppe berufsmäßiger *Ressortissants du Nord*. Diese versteht es, Notlagen (heute die Besetzung des Nordens) zu eigenen Zwecken zu nutzen. Es ist angezeigt, so lehren die Erfahrungen im Felde, deren Initiativen, etwa den Ruf nach einer militärischen Intervention von außen, mit Vorsicht zu begegnen, denn deren Konsequenzen brauchen die *Ressortissants* nicht auszubaden: Bei ihnen in Bamako wird der Krieg nämlich nicht ausgetragen.

14. Strategie

Die nationale Debatte über die künftige Organisation des malischen Staates wird warten müssen. Wegen der ungelösten politischen Situation im Süden und wegen der Besetzung des Nordens ist jetzt nicht der Zeitpunkt, sie zu führen. Jetzt heißt es, der Bedrohung im Norden zu begegnen. Auch der neue Sozial- und Politikvertrag zwischen dem Norden und dem Süden Malis ist von der Zeit der Transition loszulösen und einer nationalen Konferenz (oder ähnlich) vorzubehalten, die zu einem späteren Zeitpunkt auch zu entscheiden hätte, wie der Begriff der Selbstbestimmung (*autodétermination*) im Norden und ggf. anderswo mit Inhalt zu füllen ist.

Angesichts der tatsächlichen (und ganz unterschiedlichen) Lage im Norden Malis gibt es nicht die Alternative zwischen militärischem Vorgehen oder Verhandlung. Vielmehr gilt es, Verhandlungen anzustreben/herbeizuführen und sich gleichzeitig auf militärische Operationen einzustellen.

Militärisches Vorgehen im eigentlichen Norden des Landes, das heißt auf der linken Seite des Niger, kann nur mit den Tuareg gelingen, nicht gegen sie. Schon deshalb ist ein Verhandlungsprozess zwingend. Militärisch erforderlich ist nicht eine große Invasion, sondern die schrittweise Einnahme und Konsolidierung von strategischen Positionen, die die malische Armee im Frühjahr 2012 oft kampflos aufgegeben hat. An vielen Orten wird die Wiederin-

besitznahme sogar ohne Kampfhandlungen möglich sein.

In der gegenwärtigen Phase ist der Schauplatz militärischer Auseinandersetzung nicht der hohe Norden, sondern das Flusstal des Niger. Vier Fünftel des besetzten Nordens sind also gar nicht betroffen. Außerhalb von Bamako gibt es in Mali nur zwei Brücken über den Fluss: eine in Markala (bei Ségou) und eine in Gao, 1.000 km von Markala entfernt. Ansonsten gibt es an neun Orten Pontonfähren, auf denen Fahrzeuge übersetzen können. Diese wären unter Kontrolle zu bringen, um die rechte Flusseite zu sichern. Der Fluss Niger selbst ist ein strategisch wertvolles natürliches Hindernis.

Die malische Armee wird auf der Nationalstraße von Mopti bis Douentza und weiter über Gossi nach Gao vorrücken müssen und damit auf beiden Seiten der Straße viel Niemandsland zurückgewinnen. Das unterbräche den Nachschubweg der Islamisten von Gao nach Timbuktu und ist die Voraussetzung dafür, die rechte Seite des Niger (*Gourma*) unter malische Kontrolle zu bringen. Diese Aktion muss gut vorbereitet sein. Sie würde ein positives Zeichen setzen und wäre eine Voraussetzung für das Gelingen von Verhandlungen.

In den 1990er Jahren, während der letzten Rebellion, hatte das *Commissariat au Nord* die Aufgabe, alle Betroffenen und Sachkundigen in den Prozess der Befriedung einzubeziehen. Es war direkt beim Präsidenten der Republik angesiedelt. Der Kommissar war ein hoher Militär (Armeegeneral). Das Amt hatte eine kleine, sehr mobile Mannschaft von *Cadres* aus dem Norden. Das war eine ebenso intelligente wie kostengünstige Lösung.

Für die Transition und die ersten Jahre danach braucht Mali ein solches Amt für den Norden (Kommissariat, Sekretariat, Ministerium?), dessen Aufgabe es ist, alle Verhandlungen mit dem Norden zu bündeln, die entscheidenden Konfliktparteien im Gespräch zu halten, die Kontakte zwischen Nord und Süd sowie der internationalen Gebergemeinschaft herzustellen oder zu erleichtern sowie den militärischen Prozess der territorialen Rückgewinnung durch konkrete Aktionen der Friedenssicherung, der Aussöhnung und des Wiederaufbaus zu begleiten.

Schlagkräftige Struktur und effiziente wie vertrauenswürdige Besetzung eines solchen Amtes sind entscheidend.

Auf Seiten der Armee sollte nach Möglichkeit ein Vertreter gesucht werden, der zu einem früheren Zeitpunkt bereits gute persönliche Kontakte zu den früher integrierten Rebellen des *Mouvement Populaire de l'Azawad* (MPA) oder zu Iyad Ag Ghali (heute *Ansar Dine*) hatte. Eine persönliche Vertrauensbasis ist unabdingbar.

Erforderlich ist ein Verhandlungsprozess mit den Kräften von *Ansar Dine* und MNLA, die bereit sind, sich von den terroristischen Gruppen zu lösen. Dies muss auf allen Ebenen geschehen, mit der *Ansar Dine* Führung in Kidal, wie mit örtlichen Führungskräften. Zugleich sind lokale Akteure der Zivilbevölkerung einzubinden. Die Verhandlungen werden sich parallel zum militärischen Vorrücken schrittweise vollziehen müssen. Ziel ist sowohl die Reintegration einschlägiger Kräfte in die Armee selbst oder in Sondereinheiten (gegen Zugeständnisse – Amnestie etc.) wie auch die Verankerung dieser Befriedung in der zivilen Bevölkerung.

Der gemeinsame Einsatz von Sondereinheiten aus reintegrierten Tuareg und regulären malischen Streitkräften würde darauf abzielen, von der mauretanischen Grenze in Richtung Osten vorzugehen. Aus geographischen und historischen Gründen bietet es sich an, in Léré, an der mauretanischen Grenze, anzusetzen. In den 1990er Jahren haben integrierte Einheiten der MPA (*Mouvement Populaire de l'Azawad*) unter Führung von Iyad Ag Ghali jahrelang diese Grenze gemeinsam mit der malischen Armee gesichert. Hier ragt Mauretanien in einem rechten Winkel in das malische Kernland hinein. Wegen der leichten Rückzugsmöglichkeit auf mauretanisches Territorium setzten Rebellen in der Vergangenheit immer wieder hier an. Diese Operation erfordert keine größeren militärischen Auseinandersetzungen.

Kenner halten es nicht für ausgeschlossen, dass die Islamisten Timbuktu-Stadt verlassen werden, bevor Armee und Sondereinheiten sich von Goundam aus dorthin auf den Weg machen. Man muss jedoch davon ausgehen, dass die Befreiung von Timbuktu selbst eine substanzielle militärische Operation erforderlich macht.

Im Osten von Timbuktu, in Gourma-Rharous (Region Timbuktu) und in Bourem (Region Gao) herrschen Verhältnisse, die denen im Westen von Timbuktu ähneln, also auch eine ähnliche Strategie ohne größere militärische Kampfhandlungen erfordern.

15. Optionen im Umgang mit AQMI und MUJAO

Die internationalen Terroristen, die extremen Islamisten und die Drogenschmuggler, mit anderen Worten AQMI und MUJAO, sind nicht gekommen, um über die Einführung der Scharia, über Geiselnahmen und Drogenhandel zu verhandeln. Sie haben Teile Malis erobert, um sich hier auf Dauer festzusetzen und den Sahel von Somalia bis möglichst Mauretanien als ungehinderten Operationsraum zu gewinnen.

Die Strategie, so Militärexperten, muss sein, sie als Feinde zu isolieren, zu treiben, zu schwächen und schließlich dauerhaft zu schlagen. Die Schauplätze künftiger militärischer Interventionen lassen sich in diesem Prozess eingrenzen. Zugleich dürften die bezahlten Zuträger und Mitstreiter sich von AQMI und MUJAO lösen, sobald der Wind beginnt, ihnen rau ins Gesicht zu wehen. Aus Timbuktu, Douentza und Gao liegen glaubhafte Beschreibungen vor, welche Nervosität und Fluchtinstinkte die durch das Surren wahrnehmbaren Überflüge von Drohnen und Leichtflugzeugen auslösen.

Von Gao bis Ansongo, dem Operationsgebiet von MUJAO, muss man von einem robusten militärischen Eingriff ausgehen. Auch dort wird man versuchen müssen, den Schauplatz der militärischen Operationen zu limitieren. Der Zulauf von Extremisten aus anderen afrikanischen Ländern, vor allem aber auch von einheimischen Sonrhai und Fulbe (*Ganda Koy* und *Ganda Iso*) kompliziert die Lage und macht sie undurchsichtig. Die Möglichkeit, Kämpfer der MNLA auf malische Seite in den Kampf miteinzubeziehen, könnte hilfreich sein. Ansonsten ist dieser Schauplatz derjenige, wo sich ein gemeinsames militärisches Vorgehen mit dem Niger und Burkina Faso anbietet.

16. Verhandlungsgegenstand

Es wird um einen rollenden Prozess der Verhandlungen und der Befriedung gehen. Dessen Ablauf ist im Detail nicht vorhersehbar. Mit zeitweiligen Rückschlägen und Überraschungen ist zu rechnen. Die bis Januar 2012 in die malischen Streitkräfte (Armee, Nationalgarde, Gendarmerie oder Polizei) integrierten Elemente sind so weit wie möglich für die malische Seite zurückzugewinnen.

»Ich will es ihm mit gleicher Münze heimzahlen«

Am Tag nach dem Abzug der malischen Armee aus Gao, kamen die Rebellen. Sie griffen Mädchen, die vor die Tür getreten waren, nahmen sie auf ihren Wagen mit und brachten sie in den Busch. Erst zwei, drei Tage später kamen sie zurück und sagten, sie seien vergewaltigt worden. Alle Frauen, die heute in Gao das Haus auch nur für einen Moment verlassen, müssen ein Kopftuch tragen und den Körper bis zu den Knöcheln bedecken. Frauen ist es verboten, Hosen oder eng anliegende Kleider zu tragen. Im April durften Frauen nicht einmal mehr auf den Markt gehen. Ein paar Wochen später wurde dieses Verbot jedoch wieder aufgehoben.

Männer und Frauen dürfen auf der Straße nur gemeinsam gehen oder sich unterhalten wenn sie miteinander verheiratet sind. Auf Hochzeiten sind takamba (Tanz) und courtage (freier Austausch zwischen Frauen und Männern) verboten. Musik ist grundsätzlich verboten. Private Radios dürfen neben Informationen nur noch die Predigten der Imame und öffentliche Bekanntmachungen senden. Handys dürfen keinen musikalischen Signalton haben. Griots müssen ihre Musikinstrumente verstecken. Die Islamische Polizei zerstört diese sonst. Frauen dürfen in der Öffentlichkeit keine Amulette, keine Armreifen oder Schmuck tragen. Schmuck ist nur innerhalb des Hauses erlaubt. Das Leben der Frauen in Gao ist äußerst schwierig geworden. Die extremen islamischen Regeln zerstören das soziale Miteinander.

Im September greift die Islamische Polizei in Gao eine junge Frau auf, die nach deren Begriffen nicht so gekleidet war, wie die Sharia das vorschreibt. Sie setzt sie fest und läßt über das Radio ausrufen, der Chef der Familie solle kommen, um sie abzuholen. Ihm werden Vorhaltungen gemacht. Wie habe er das zulassen können? Über die Imame läßt MUJAO erklären, künftig komme dafür der Vater oder der Ehemann ins Gefängnis. So verlagert MUJAO den Unterdrückungsmechanismus in die Familien.

Es gibt aber auch verblüffende Wendungen: Eine Frau wird bei einem häuslichen Streit von ihrem Ehemann geschlagen. Daraufhin zeigt sie ihn bei der Islamischen Polizei an. Die hört sich den Fall an, ruft den Ehemann und hört auch diesen. Darauf sagt die Polizei: »Er hat Dich mit dem Stock geschlagen, was willst Du als Wiedergutmachung?« Sie antwortet: »Ich will es ihm mit gleicher Münze heimzahlen.« Da gibt die Islamische Polizei ihr den Stock und vor den Augen der Polizei schlägt sie den Ehemann, so wie er sie geschlagen hatte. »Seitdem lassen sich auch andere Frauen nicht mehr zu Hause schlagen.«

Gespräch mit zwei Witwen von 63 und 67 Jahren aus Gao: 9.10.2012

In einem Übergangsstadium sind sie möglicherweise in Sondereinheiten zusammenzufassen, die im Verein mit der malischen Armee operieren. Dazu brauchen die Männer die Gewissheit, bei der Rückkehr in die malischen Reihen nicht verfolgt und bestraft zu werden. In erster Linie braucht man also eine Amnestie für Akte der Rebellion.

Die bei möglichen Verhandlungen nicht überschreitbaren roten Linien sind die Unabhängigkeit des Azawad – von der MNLA im Oktober 2012 bereits zurückgenommen – und die Zusammenarbeit mit Terroristen: Die ist von *Ansar Dine* klar und unzweideutig aufzugeben. Auch der laizistische Staat kann kein Gegenstand einer Verhandlung mit dem Norden sein. Sollten die Malier eines Tages über einen islamischen Staat nachdenken wollen, werden sie das alle zusammen tun müssen.

Bedingungen einer Amnestie für Akte der Rebellion auszuhandeln, wird schwierig sein. Dass nicht viel Blut geflossen ist, erleichtert die Sache, das Massaker von Aguelhok erschwert sie.

In den Verhandlungen wird es daneben um die gegenseitigen Bedingungen des Waffenstillstands und des Nichtangriffs gehen, die Konditionen der Zusammenarbeit zwischen Armee und bisherigen Rebellen, den Verlauf der gegenseitigen Annäherung und der künftigen Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Generalstab pro Abschnitt, die künftige Kommandostruktur, sowie schließlich die mögliche Reintegration der Kämpfer von *Ansar Dine* und MNLA in die malische Armee.

An manchen Orten ist wegen der jüngsten Ereignisse, wegen der ethnischen Zusammensetzung oder aus

Missgunst mit Störungen zu rechnen. Es gibt Gruppen von Profiteuren (etwa der organisierten Rauschgiftkriminalität), denen eine solche Befriedung überhaupt nicht zupasskommt. Dem muss man teils offen, teils versteckt entgegenwirken. Das erfordert vertrauensvolle und belastbare Beziehungen zwischen den relevanten Persönlichkeiten von *Ansar Dine*, MNLA sowie Armee und Vermittlern.

Gerüchte spielen in Mali eine besondere Rolle. Sie sind die billigste Münze im politischen Spiel und von der Presse werden sie gerne übernommen und aufgebläht. Um ihnen auf den Grund zu gehen, braucht man eine eigene Informationsbasis. Die Begleitung des Prozesses durch zuverlässige und reibungslose Kommunikation auf allen Ebenen ist wichtig: mit der Armee, mit der Führung von *Ansar Dine*, ggf. auch MNLA, mit anderen Ebenen der malischen Regierung und nicht zuletzt mit der Presse. Intelligentes frühes Eingreifen durch Gespräche, durch Einbeziehung der Betroffenen wie der Sachkundigen gehört ebenso dazu.

17. Einbeziehung aller Volksgruppen

»Mali ist ethnisch und kulturell so vielfältig, dass man dieser Vielfalt nur dezentral gerecht wird. Am besten, man verankert die Dezentralisierung künftig in der Verfassung. Die muss ohnehin überarbeitet werden. Die Dezentralisierung ist kein Irrweg, sondern der Ausweg aus der Krise. Mali hat ein großes kulturelles Kapital. Es gibt eine ganze Kultur von Schlichtungsverfahren. Mitte der neunziger Jahre haben die *Rencontres Intercommunautaires* eine große Rolle gespielt. Solche Mechanismen sind heute wieder gefragt«, betont Ousmane Sy, früherer Innenminister Malis, in einem Hintergrundgespräch.

Gewählte Vertreter der Gemeinden zählen durchaus zum Kreis der lokalen Vertreter, werden vielleicht sogar deren Mehrheit stellen, aber es werden auch traditionelle Dorf- oder Clanchefs, Imame, Marabouts und zuweilen ehemalige Staatsbedienstete (Veterinärmediziner etc.) dabei sein. Nach den Erfahrungen verschiedener Programme lassen sich die Mitglieder für solche Räte fast unstrittig kooptieren. In der Gesellschaft des Nordens gibt es ein ausgeprägtes Gespür für ethnische wie soziale Balance und konkreten Konsens.

18. Die Zivilgesellschaft

In den betroffenen Regionen finden sich viele individuelle Akteure, die auf einen möglichen Friedensprozess positiven Einfluss ausüben könnten. Nicht alle Abgeordneten des Nordens in der Nationalversammlung kommen dafür infrage, manche waren dem Regime ATT allzu sehr verbunden oder sind durch direkte Intervention von ATT zu ihren Sitzen im Parlament gekommen.

Befürworter der (bisherigen) Dezentralisierung meinen, die zivilgesellschaftlichen Akteure müssten aus dem Kreis der 2009 gewählten Gemeinderäte stammen, deren ursprüngliches Mandat noch nicht abgelaufen ist. Wer die malische Praxis des Systems der Listenwahl kennt, steht diesem Vorschlag eher skeptisch gegenüber, denn diese Listen sind Ergebnis lokalen machtpolitischen Kalküls und es ging bei dieser Wahl keineswegs um einen Rat der Weisen.

Die heutigen Wahl- und Landkreise werden für die Befriedung möglicherweise weniger Bedeutung haben als die traditionellen Wirtschaftsräume, vom Südwesten des besetzten Gebietes her also z. B. der Farimaké, der Mema, Léré, Attara etc. In jedem dieser traditionellen Räume wird es darum gehen, eine oder zwei Hände voll unabhängiger und unbescholtener Menschen zusammenzubringen – von denen gibt es mehr, als von außen vermutet wird –, die als eine Art örtlicher Rat der Weisen fungieren und die Probleme des Raums (Sicherheit, Versorgung, Wiederaufbau, Wirtschaftsleben) gemeinsam bedenken und regeln.

Es gibt gute Gründe, sich um die künftige Beteiligung von Frauen an der Rückgewinnung des Friedens Gedanken zu machen: Frauen sind heute von der tagtäglichen entwürdigenden islamistischen Unterdrückung besonders betroffen, sie waren und sind die Opfer der Gewalt der Rebellen und sie sind es, die in den Dörfern und Nomadensiedlungen den Alltag, die Normalität, den Mutterwitz und das friedliche Miteinander wieder einziehen lassen.

Die einfachen Frauen vom Lande werden es sein, die den größeren Teil der Last des Wiederaufbaus zu tragen haben, im Kreis der FriedensmacherInnen steht ihnen eine besondere Rolle zu. Viele von ihnen haben nie eine Schule besucht, können weder lesen noch schreiben,

oder trauen sich nicht, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Das macht die Zusammenarbeit mit ihnen schwierig. Sie zu einer solchen Zusammenarbeit zu befähigen, müsste auf dezentraler, lokaler Ebene angegangen werden.

Um all diese Menschen zusammenzubringen, bedarf es einer Institution (eines Sekretariats für den Norden oder ähnlichem), die den Prozess der Befriedung steuert, über lokale Kenntnis verfügt und die infrage kommenden Beteiligten anspricht, etwa auch Vertreter aus den Flüchtlingslagern, die sich zurzeit in Mauretanien, Burkina Faso, Algerien oder dem Niger aufhalten.

19. Zur Rolle Deutschlands in Mali

Deutschland spielt in Mali eine überraschend einflussreiche Rolle. Das erklärt sich unter anderem aus der konkurrierenden Geschichte der beiden deutschen Staaten in diesem Land. Hier wetteiferten die Bundesrepublik Deutschland und die DDR um Einfluss. Die heutige freundschaftliche malisch-deutsche Verbundenheit tragen ehemalige Teilnehmer an marxistisch-leninistischen Kursen in Frankfurt (Oder) und in Nauen ebenso wie ehemalige Studenten der Universitäten in Kiel, München oder Leipzig und Teilnehmer an Bundesweherschulungen in Hamburg.

In Mali gibt es keine Niederlassung eines größeren deutschen Unternehmens, hier schürfen deutsche Unternehmen nicht nach Rohstoffen und bauen nichts an. Deutschlands Politik gegenüber Mali fand seinen Ausdruck vor allem in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Die hat in Mali insgesamt einen guten Ruf.

Die malische Seite erwartet von den Deutschen gerade in der jetzigen schwierigen Lage eine Unterstützung. »Helft uns, aus der *Transition* herauszukommen.« Konkret wird die Fortsetzung der bisherigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sowie Beratung und Mitarbeit bei der *road map* zu den Wahlen und zur Überwindung der Krise im Norden benannt.

Derzeit gibt es in Mali drei Pole der Macht. Diese verfolgen nicht die gleichen Ziele und blockieren sich deshalb oft gegenseitig: den Präsidenten, den Premierminister und die Militärs in Kati. Die malische Seite ist momentan außerstande, aus eigener Kraft der politischen Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb ist es an der internati-

onalen Gebergemeinschaft, sich im ersten Schritt mit der malischen Übergangsregierung (das heißt den genannten drei Polen der Macht), auf einen Kalender des Übergangs zu einigen. Wann und unter welchen Umständen können transparente und faire Wahlen stattfinden? Im zweiten Schritt wäre zu klären: Wie lässt sich der Krise im Norden begegnen, deren Lösung bis zu den Wahlen nicht warten kann?

Zur Bewältigung der Krise im Norden könnte und sollte die deutsche Seite sich den Aufbau, die Ausstattung, die Beratung und den Betrieb eines zu schaffenden Sekretariats für den Norden (*pour la paix et l'unité?*) zur Aufgabe machen. Wegen ihrer Neutralität, ihres guten Rufs, ihrer Lösungsorientiertheit und vor allem wegen ihrer positiven Erfahrung mit dem Wiederaufbau im Norden Malis scheint die deutsche Seite aus malischer Sicht dafür besonders geeignet.

Langfristig, da scheinen sich die malischen Gesprächspartner mit internationalen Beobachtern einig, gibt es nur eine politische und keine militärische Lösung. Das gilt aber auch kurz- und mittelfristig. Zu vermeiden ist, dass die militärische Option zulasten der politischen Lösung die Überhand gewinnt. Zu vermeiden ist daneben jede einseitige Parteinahme: weder für die Tuareg mit überzogenen Vorstellungen von Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Möglichkeiten noch für diejenigen Sonrhaj, die meinen, das Problem mit den Tuareg lasse sich durch militärische Intervention von außen lösen.

Jede mögliche Lösung im Norden ist untrennbar mit der Machtfrage im Süden verknüpft. Das drängende Problem im Norden kann aber nicht gelöst werden, wenn alle wie gebannt auf die Auswirkungen im Süden starren.

20. Risiken

Immanuel Wallerstein, Professor für Soziologie in Yale, äußert sich seit Jahren zu Fragen der Weltpolitik. Sein Kommentar Nr. 340 von Anfang November 2012 beschäftigt sich mit dem Norden Malis und kommt zu dem Schluss: »Alle wollen, dass die salafistischen Gruppen irgendwie verschwinden, nur die dreckige Arbeit soll jemand anders verrichten,... sie befürchten, eine militärische Aktion gegen die Salafisten könnte diese nicht schwächen sondern durch einen Zustrom von extremistischen Individuen und Gruppen in den Norden Malis stärken. Afghanistan ist zu

einem Beispiel geworden, wie man es nicht machen soll. Aber nichts tun nennt man sonst gemeinhin: geopolitische Lähmung.« (Übersetzung HP). Und die internationale Lähmung, von der er spricht, ist das Spiegelbild der innermalischen Paralyse.

Alle beteiligten und interessierten Parteien sind sorgfältig darauf bedacht, unilateral und öffentlich keinen Schritt zu unternehmen, aus dem sich besondere Verantwortung für sie ableiten ließe. Das politische Risiko der deutschen Seite läge genau hier: Stärkt man die malische Kapazität, überhaupt zu sinnvollen und operationalen Verhandlungen zu kommen, begibt man sich aus der bisherigen Deckung heraus, übernimmt Verantwortung und wird zugleich angreifbar. Deshalb muss man sich darauf konzentrieren, die eigentlichen Verhandlungen der malischen Seite zu überlassen, Vorschläge auf Plausibilität zu prüfen, vergleichenden Sachverstand einzubringen und insgesamt so nah am Felde zu agieren, wie möglich.

21. Anknüpfungspunkte für die deutsche Politik

Seit 1994 ist Deutschland mit seinem Programm Mali-Nord (GIZ/KfW) im Norden Malis engagiert. Dieses Programm gilt als ein positives Beispiel der Friedensstiftung durch reale

Entwicklung. Der wirtschaftliche Erfolg dieses Programms vermindert heute in erheblichem Umfang den Bedarf an Nahrungsmittelhilfe für den Norden. Die Produktion der durch dieses Programm geschaffenen Bewässerungsfelder wird sich im Jahr 2012 auf 120.000 Tonnen ungeschälten Reis belaufen.

Schon aus Gründen der politischen Konsistenz ist anzuraten, die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Schwerpunkte ließen sich dabei möglicherweise neu setzen. Zu empfehlen ist insbesondere die nahtlose Fortführung des Programms Mali-Nord (IPRODI). Die Kanadier haben dieses Programm der Kleinbewässerung in den letzten Jahren mit elf Millionen kanadischer Dollar (= 8,6 Millionen Euro) kofinanziert. Allen widrigen Ereignissen zum Trotz sind die Erfolge so überzeugend, dass Kanada bereit ist, die Mittel deutlich aufzustocken. Damit würde sich die Schlagkraft des Programms deutlich erhöhen. Es empfiehlt sich, diese Chance konsequent zu nutzen.

Für den Friedensprozess wird daneben das Programm der Dezentralisierung (PACT) von Bedeutung sein. Ernst zu nehmende malische Stimmen meinen, die zweite Stufe der Dezentralisierung, nämlich die Regionalisierung, könnte in den Verhandlungen mit dem Norden den Durchbruch bringen.



Abkürzungen | Glossar

Abkürzungen

ADC	Alliance Démocratique du 23 mai pour le Changement
Africom	U.S. Army African Command (Stuttgart)
AMUPI	Association Malienne pour l'Unité et le Progrès de l'Islame
AQMI	Alqaida au Maghreb Islamique
ARLA	Armee Révolutionnaire de l'Azawad
ATT	Amadou Toumani Touré
AUREP	Autorité pour la Recherche du Petrole au Mali
CENI	Commission Électorale Nationale Indépendante
CFP	Compagnie Française des Pétroles
CPM	Coalition pour le Mali
DNGM	Direction Nationale de Géologie et des Mines
FIAA	Front Islamique Arabe de l'Azawad
FPLA	Front Populaire de l'Azawad
HCCT	Haut Conseil des Collectivités Territoriales
HCIM	Haut Conseil Islamique du Mali
IWF	Internationaler Währungsfonds
MARFORAF	Marine Corps Forces Africa (Stuttgart)
MFUA	Mouvements et Fronts Unifiés de l'Azawad
MNLA	Mouvement National de Libération de l'Azawad
MPA	Mouvement Populaire de l'Azawad
MUJAO	Mouvement pour l'Unicité et le Jihad en Afrique de l'Ouest
OEF-TS	Operation Enduring Freedom Trans Sahara
PSPSDN	Programme Spécial pour la Paix, la Sécurité et le Développement au Nord Mal
SONATRACH	Société Nationale de Transport et de Commercialisation des Hydrocarbures (Algerien)
UDPM	Union Démocratique du Peuple Malien
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
USAFAF	United States Air Forces Africa (Ramstein)
USARAF	United States Army Africa (Vicenza)
USNAVAF	United States Naval Forces Africa (Neapel)
TSCTP	Trans Sahara Counter Terrorism Partnership

Glossar

Ansar Dine	Verteidiger des Glaubens (wahabitische Rebellengruppe)
Azawad	»Die Schlüssel« (Tamascheck), bezeichnet den Norden Timbuktus
Ganda Iso	»Söhne der Erde« (Sonrhai), Name einer Miliz
Ganda Koy	»Herren der Erde« (Sonrhai), Name einer Miliz
Gourma	Gebiet rechts vom Niger-Fluss
Haoussa	Gebiet links vom Niger-Fluss
Ulama	islamischer Religionsgelehrter



Über die Autoren

Dr. Barbara Rocksloh-Papendieck (Soziologin) und **Dr. Henner Papendieck** (Ökonom) haben gemeinsam mit einem malischen Koordinator vom Juli 1994 bis Februar 2011 das Programm Mali-Nord (GIZ/KfW) geleitet. Dieses Programm hat nach der Rebellion von 1989 bis 1994 zur Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen beigetragen, die öffentlichen Einrichtungen in den ländlichen Gemeinden der Region Timbuktu wieder hergestellt oder neu errichtet und mündete seit dem Jahr 2000 in ein Programm zur Kleinbewässerung im Flusstal des Niger, das bis heute andauert.

Zur Entstehung dieses Papiers

Im Rahmen einer Mission für die Friedrich-Ebert-Stiftung hielten die Verfasser sich vom 3. bis 20. Oktober in Mali auf. Sie haben an der politischen Bestandsaufnahme der Besetzung des Nordens (Les Assises de l'Occupation) Anfang Oktober 2012 teilgenommen und mit rund 40 malischen Abgeordneten, Entscheidungsträgern und Beamten verschiedener Ministerien und des Präsidentsamtes, ihren früheren Mitarbeitern und Frauen aus der Region Timbuktu, Mitgliedern des Programmbeirats Mali-Nord, sowie Botschaftern (Algerien, Deutschland, EU, Frankreich, USA) gesprochen. Die Einschätzungen der Lage und der Optionen basieren im Wesentlichen auf diesen Gesprächen.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7446 | Fax: ++49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen
Caroline.Lemmer@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.